

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Sie ist dabei. Ganz ruhig!

Filiz Polat (GRÜNE):

Mit welchen Moscheegemeinden sind Sie über die DITIB hinaus im Dialog?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Für die Landesregierung antwortet Minister Schönemann. Bitte schön!

Uwe Schönemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Ich habe persönlich mit Herrn Ünlü gesprochen. Er hat einen Antrittsbesuch gemacht. Er ist ja jetzt Landesvorsitzender der DITIB. Ich begrüße außerordentlich, dass wir einen Ansprechpartner auch auf Landesebene haben. In dem Zusammenhang sind auch die Kontrollen angesprochen worden. Herr Ünlü hat sich ausdrücklich dafür ausgesprochen, dass diese Kontrollen sehr sensibel durchgeführt werden, und auch den Braunschweiger Fall angeführt und gesagt: Das geht zu weit. - Da habe ich ihm absolut recht gegeben

(Filiz Polat [GRÜNE]: Das ist keine DITIB-Moschee!)

und gesagt, das darf in der Zukunft nicht mehr passieren. Das haben wir sofort gemacht. Das ist im Übrigen wohl zwei Jahre her. Ich weiß aber nicht mehr genau, wann das stattgefunden hat.

Wir haben nicht nur Gespräche mit der DITIB. Gerade das Gespräch, das ich angesprochen habe, findet auch mit der Schura statt. Wir haben ja mehrere Gesprächskreise, etwa zu islamischem Religionsunterricht und Imamausbildung. Da sind wir mit allen im Gespräch. Da ist ab und zu auch dieses ein Thema. Konkret haben wir jetzt die Schura und die DITIB eingeladen, wozu auch der Polizeipräsident und die Präsidenten der Flächenregionen eingeladen worden sind.

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Die letzte Zusatzfrage liegt mir von der Fraktion DIE LINKE vor. Frau Kollegin Weisser-Roelle, bitte schön!

Ursula Weisser-Roelle (LINKE):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage Herrn Minister Schönemann vor dem Hintergrund, dass er gesagt hat, die Kontrollen

finden sehr sensibel statt und finden eine immer größere Akzeptanz: Wie viele Beschwerden der kontrollierten Moscheebesucher sind bei der Polizei bzw. bei der Landesregierung schon eingegangen, und wie werden diese von Ihnen beantwortet?

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön. - Für die Landesregierung antwortet Innenminister Schönemann. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Uwe Schönemann, Minister für Inneres, Sport und Integration:

Konkret sind im Innenministerium keine Beschwerden angekommen. Ob direkt bei den Polizeiinspektionen, die das verantwortlich mit angegangen sind, Beschwerden eingegangen sind, weiß ich nicht.

Ich nehme aber - das hatte ich gesagt - die Äußerungen von DITIB und Schura sehr ernst. Insofern haben wir die Dialoggespräche in diesem Zusammenhang intensiviert.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Weitere Fragen liegen nicht vor. Damit ist die Behandlung der Dringlichen Anfragen beendet.

Die **Tagesordnungspunkte 13, 14 und 15** rufe ich vereinbarungsgemäß zusammen auf:

Besprechung:

Energieversorgung in Niedersachsen - Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 16/928 - Antwort der Landesregierung - Drs. 16/1425

Einzig (abschließende) Beratung:

Neustart für die Suche nach atomaren Endlagern - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 16/899 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz - Drs. 16/1489 - Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE - Drs. 16/1544 - Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/1563

Erste Beratung:

Reaktor Krümmel für immer abschalten! - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 16/1501

Die Beschlussempfehlung in der Drs. 16/1489 zu dem Antrag der SPD-Fraktion in der Drs. 16/899 lautet auf Ablehnung. Der Änderungsantrag der Fraktion der Linken in der Drs. 16/1544 und Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/1563 haben eine Annahme des Antrages in geänderter Fassung zum Ziel.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zunächst zur Besprechung der Großen Anfrage. Ich will daran erinnern - manchmal stößt das auf Verwunderung -, dass nach § 45 Abs. 5 unserer Geschäftsordnung zu Beginn der Besprechung einer der Fragestellerinnen oder einem der Fragesteller das Wort erteilt wird. Alsdann - das löst gelegentlich Verwirrung aus - erhält die Landesregierung das Wort. Danach kommen wir zur Einbringung des unter Tagesordnungspunkt 15 aufgeführten Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und anschließend zu den weiteren Aussprachen.

Für die Fraktionen, die die Anfrage gestellt haben, liegt mir die Wortmeldung des CDU-Landtagskollegen Herrn Bäumer vor. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Martin Bäumer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir besprechen heute die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktionen von CDU und FDP zur Energieversorgung in Niedersachsen. Bevor ich mich zu den Inhalten äußern möchte, will ich allen, die an dieser Antwort mitgearbeitet haben, im Namen der CDU-Landtagsfraktion meinen Dank aussprechen.

(Beifall bei der CDU)

Alle, die mitgearbeitet haben, haben sich um die Energiepolitik in Niedersachsen besonders verdient gemacht. Diese Antwort - da bin ich mir sicher - wird wegen ihres Umfangs und ihrer Ausführlichkeit für viele, viele Monate das Standardnachschlagewerk für all diejenigen sein, die sich in Niedersachsen für Energiepolitik interessieren.

(Beifall bei der CDU - Hans-Henning Adler [LINKE]: Das glaube ich nicht!)

Sauber, sicher und bezahlbar - auf diese Kurzformel lassen sich die Hauptziele einer nachhaltigen Energieversorgung in Niedersachsen bringen. Nur wer stets alle drei Ziele im Auge hat, der wird am Ende - da bin ich mir sicher - die richtigen Entscheidungen treffen. Es kommt darauf an, dass man in diesem magischen Dreieck von „sauber“,

„sicher“ und „bezahlbar“ stets alle Ziele im Auge hat und sich nicht nur auf ein Ziel konzentriert.

Über die Abhängigkeit von Erdgas haben wir hier vor wenigen Monaten gesprochen. Ich muss das an dieser Stelle nicht mehr tun. Ihnen allen sind die Folgen russischer Muskelspiele am Gashahn noch deutlich vor Augen.

(Björn Thümler [CDU]: Sehr richtig!)

Meine Damen und Herren, es ist deutlich an der Zeit, dass wir uns von den heuchlerischen Debatten in der Energiepolitik auf Bundes- und Landesebene verabschieden.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei der LINKEN - Kurt Herzog [LINKE]: Bravo!)

Heuchelei - Herr Jüttner, nicht zu früh klatschen! - passiert dort, wo Ihr Kollege Gabriel durch die Lande zieht und Kohlekraftwerke anpreist

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Sie hatten so schön angefangen!)

und Ihr Kollege Duin Demos gegen Kohlekraftwerke organisiert.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist heuchlerisch, und das werden wir den Menschen auch sagen. Wenn man all denen, die da draußen Dinge erzählen, folgt, kann man angeblich ja auf ganz viele Energieträger verzichten. Die einen erzählen, man könne auf Kernenergie verzichten, die anderen sagen, man könne auf Kohlekraftwerke verzichten, und die Dritten behaupten, das Gas aus Russland sei nicht so wichtig. Ich habe manchmal den Eindruck, sie behaupten, man könne auch darauf verzichten. Meine sehr geehrten Damen und Herren, dazu sage ich Ihnen ganz deutlich: All diese Äußerungen sind falsch!

(Zustimmung von Björn Thümler [CDU])

Wir brauchen jeden Energieträger. Wir brauchen einen technologieoffenen Mix aller verfügbaren Energieträger unter Einschluss der erneuerbaren Energien, unter Einschluss fossiler Energieträger, für die nächsten Jahrzehnte aber auch - dies sage ich heute ganz deutlich - unter Einschluss von Kernenergie.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Hier liefert die vorliegende Große Anfrage hervorragende Daten und Fakten, um den manchmal

bauchbetonten Äußerungen der Vertreter auf Ihrer Seite nachvollziehbare Fakten entgegensetzen. So betrug der prozentuale Anteil der Kernenergie an der Bruttostromerzeugung in Niedersachsen im Jahr 2007 mehr als 46 %.

(Kurt Herzog [LINKE]: Und weltweit?)

Vor diesem Hintergrund, Herr Herzog, wäre es sträflich, deutsche Kernkraftwerke und gerade auch Kernkraftwerke in Niedersachsen abzuschalten, während bei unseren Nachbarn die Laufzeiten gerade deutlich verlängert werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Kreszentia Flauger [LINKE]: Was ist das denn für ein Argument?)

Der langfristige Ausstieg aus der Kernenergie, meine sehr geehrten Damen und Herren - auch dies möchte ich hier deutlich festhalten -, steht für uns nicht infrage. Aber vor dem Hintergrund ehrgeizigster Ziele beim Klimaschutz ist ein Ende der friedlichen Nutzung der Kernenergie in den nächsten 30 bis 40 Jahren für uns nicht denkbar.

(Rolf Meyer [SPD]: Wo wollen Sie denn neue Kernkraftwerke bauen?)

In keinem anderen Land der Erde gibt es so kurze, willkürlich gesetzlich festgelegte begrenzte Laufzeiten. Wir brauchen hier Flexibilität und keine dogmatischen Parolen!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir brauchen die Kernenergie. Wir brauchen auch neue Kohlekraftwerke, weil sich nur damit der Ausstoß von Kohlendioxid um 25 % senken und der Ausstoß von Staub, Schwefeldioxid und Stickstoffoxiden um 55 bis 60 % reduzieren lässt.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Wie kommen Sie denn auf so etwas Falsches? - Kurt Herzog [LINKE]: Wer hat Ihnen denn das aufgeschrieben?)

Jedes neue Kohlekraftwerk, Frau Flauger, ist ein Gewinn;

(Kurt Herzog [LINKE]: Für wen? - Kreszentia Flauger [LINKE]: Für die Energiekonzerne ist das ein Gewinn!)

denn für jedes neue Kohlekraftwerk, wofür ein altes abgeschaltet wird, haben wir in Niedersachsen deutliche Vorteile.

(Beifall bei der CDU)

Aber das, meine sehr geehrten Damen und Herren, wollen Sie auf dieser Seite des Hauses leider - wie so häufig - nicht hören. Sie blockieren mit Ihren ideologischen Phrasen Fortschritt und Innovation im Bereich der Verstromung von Kohle.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Wir lassen uns nicht verkohlen!)

Lassen Sie sich ganz deutlich gesagt sein: Selbst mit den ambitioniertesten Zielen im Bereich der erneuerbaren Energien lassen sich auf Dauer nur 55 % des Stromes in Deutschland mit erneuerbaren Energien und mit Kraft-Wärme-Kopplung produzieren. Die restlichen 45 % - dies blenden Sie leider viel zu häufig aus - müssen mit fossilen Energien gedeckt werden,

(Rolf Meyer [SPD]: Wie lange denn?)

wenn Sie weiterhin daran denken, am Ausstieg aus der Kernenergie festhalten zu wollen.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Und wenn die fossilen Energien erschöpft sind?)

Trotzdem, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird Niedersachsen auch in Zukunft das Land Nummer eins der erneuerbaren Energien in Deutschland bleiben.

(Beifall bei der CDU)

Den erneuerbaren Energien - dies sage ich als Christdemokrat ganz deutlich - gehört die Zukunft, weil alle anderen Energieträger - dies wissen Sie genauso gut wie ich - nur zeitlich begrenzt zur Verfügung stehen. Ich möchte dies an einigen Beispielen deutlich machen: Niedersachsen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist das Windenergieland Nummer eins. Der Ausbau der Windenergie ist gerade hier bei uns in den Jahren 2001 bis 2008 kontinuierlich vorangekommen.

(Björn Thümler [CDU]: Sehr gut!)

Heute gibt es in Deutschland mehr als 20 000 Strom produzierende Windräder. Davon steht mehr als ein Viertel, nämlich 5 100, hier in Niedersachsen.

(Zustimmung von Björn Thümler [CDU])

Deren installierte Leistung beträgt mehr als 6 000 MW.

(Björn Thümler [CDU]: Das ist ein großer Erfolg!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir nun einen kleinen Ausflug in die Physik, auch wenn einige vielleicht Probleme damit haben könnten, zu folgen.

(Widerspruch bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ich möchte Ihnen einmal ein Gefühl für die Zahl 6 000 MW geben. Die installierte Leistung aller drei Kernkraftwerke in Niedersachsen beträgt 4 100 MW. Allein das Kernkraftwerk in Lingen hat im Jahr 2008 11,5 TWh produziert. 1 TWh sind 1 Milliarde kWh. Bei einem Durchschnittsverbrauch von 4 000 kWh pro Haushalt könnten Sie allein mit dem Kernkraftwerk im Emsland ca. 2,7 Millionen Haushalte versorgen, gewissermaßen alle privaten Haushalte in ganz Niedersachsen.

(Zustimmung bei der CDU - Björn Thümler [CDU]: Das muss man doch einmal zur Kenntnis nehmen!)

Die Windenergie ist in Niedersachsen in der Lage, 14 % Stromanteil zu liefern. Darauf sind wir sehr stolz. Dieser Anteil hat sich gerade in den letzten Jahren mehr als verdreifacht.

Gestatten Sie mir, dass ich die beiden Zahlen noch einmal wertfrei nebeneinanderstelle: 11,5 TWh beim Kernkraftwerk Emsland und 10 bei allen Windrädern in ganz Niedersachsen. Dies zeigt, meine sehr geehrten Damen und Herren - ich kürze jetzt ganz bewusst ab und möchte Sie nicht weiter mit Zahlen quälen -: Wenn der Wind nicht weht, dann brauchen Sie andere Energieträger, weil Ihnen sonst das Licht ausgeht.

(Zustimmung bei der CDU - Kurt Herzog [LINKE]: Sie haben keine Ahnung! Das tut weh! - Kreszentia Flauger [LINKE]: Wie rückständig sind Sie denn?)

Ohne Kraftwerke, die in der Lage sind, dauerhaft Strom zu liefern, müssen wir befürchten, dass bei uns das Licht ausgeht.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Sie brauchen Physiknachhilfe!)

Dies werden wir im Interesse aller Verbraucherinnen und Verbraucher hier in Niedersachsen nicht zulassen!

Ich weiß, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass ich in solchen Debatten immer Gefahr laufe, falsch verstanden zu werden, weil viele von Ihnen nicht zuhören mögen.

(Björn Thümler [CDU]: Eben!)

Ich sage es Ihnen ganz deutlich - vielleicht hören Sie einmal zu -:

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Das, was Sie erzählen, haben wir schon vor 30 Jahren gehört!)

Ich bin ein großer Fan von Windenergie. Das Potenzial der Windenergie ist noch längst nicht ausgereizt.

(Zustimmung bei der CDU)

Bei kleineren Windenergieanlagen und Offshoreenergieanlagen haben wir noch ein gewaltiges Potenzial. Da kann ich mir noch gewaltig was vorstellen.

Wir haben im Land Niedersachsen mit der Kabeltrasse über Norderney, die ich mir im April anschauen konnte, viel dafür getan, dass acht Offshorewindparks ihre Energie über Norderney in Niedersachsen anlanden können. Das Repowering der Anlagen auf dem Festland hat ein Potenzial von mindestens knapp 2 000 MW, im Grunde genommen fast so viel, wie man offshore installieren könnte. Dies sind hier in Niedersachsen gute Voraussetzungen, um bei uns Windstrom zu produzieren.

Führend, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind wir auch im Bereich der Biogasanlagen. Hier gab es Ende des Jahres 2008 708 Anlagen mit einer Leistung von 365 MW. Das erste Bioenergie-dorf Deutschlands ist Jühnde bei Göttingen. Inzwischen sind viele Dörfer in Deutschland dem Jühnder Beispiel gefolgt.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben noch mehr zu bieten als nur Windenergie oder Biomasse. Die Fotovoltaik ist momentan ganz stark im Kommen. Deren Anteil hat sich in den letzten Jahren mehr als verachtfacht. Aber trotz aller Euphorie erlaube ich mir den Hinweis, dass der Anteil an der Stromerzeugung momentan erst bei 0,2 % liegt. Nur eines von 500 Häusern in ganz Niedersachsen lässt sich schon heute mit reinem Strom von der Sonne versorgen.

Auch bei der Wasserkraft gibt es in Niedersachsen noch Möglichkeiten, sie auszubauen. Deren Anteil liegt momentan bei 0,5 %. Ich würde mir herzlich wünschen, dass es in einem konstruktiven Zusammenarbeiten gelingt, die Potenziale der Wasserkraft in Niedersachsen auch weiterhin auszubauen. Dieser Strom hat den Vorteil, dass er unabhängig vom Scheitern der Sonne und unabhän-

gig von der Tageszeit oder dem Wind in der Lage ist, Energie zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei der CDU)

Noch längst nicht ausgereizt sind die Möglichkeiten der Geothermie. Hier müssen wir weiter forschen, allerdings sehr vorsichtig, weil das nämlich finanzielle und möglicherweise auch geologische Risiken - in diesem Zusammenhang denke ich an die Stadt Staufeu im Breisgau - haben kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich stelle fest: Wir sind, was die Energie betrifft, in Niedersachsen sehr gut aufgestellt. Wir sorgen dafür, dass Energie Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen zur Verfügung steht, und das immer unter der Maßgabe: sicher, sauber und bezahlbar.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich bin schon jetzt sehr gespannt darauf, wie sich die andere Seite dieses Hauses gleich einlassen wird. Sie behaupten ja immer, dass Sie den Stein der Weisen besitzen und dass wir für Sie gewissermaßen Betonköpfe sind.

(Zustimmung bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Kreszentia Flauger [LINKE]: Sie haben nur ein Problem mit Physik! - Björn Thümmler [CDU]: Das ist ein großer Irrtum!)

Ich kann Ihnen deshalb am Schluss meiner Ausführungen ein Beispiel nicht ersparen. Es mag zwar ein Zufall sein, aber ich habe gelernt, dass Zufälle im Leben äußerst selten sind. Meine sehr geehrten Damen und Herren, der nach Betreiberangaben größte Fotovoltaikpark, die größte Fotovoltaikanlage in Niedersachsen wird zurzeit nicht in Dannenberg geplant, Herr Kollege Herzog von der Fraktion DIE LINKE, auch nicht in Gleichen bei Göttingen, Herr Kollege Wenzel von der Fraktion der Grünen, und erst recht nicht, Frau Kollegin Emmerich-Kopatsch von der SPD-Fraktion, in Clausthal-Zellerfeld. Nein, meine sehr geehrten Damen und Herren, die größte Solaranlage Niedersachsens mit einer Leistung von geplanten 8 MW wird in Schwege entstehen, einem kleinen Dorf mit 1 000 Einwohnern im südlichsten Zipfel des westlichen Niedersachsens. In dieser Gemeinde haben bei der letzten Europawahl 77,3 % aller Menschen CDU gewählt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr geehrten Damen und Herren und vor allem Herr Bartling, jetzt können Sie ja einmal ra-

ten, welcher Landtagsabgeordnete in dieser Gemeinde zu Hause ist.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Nach § 45 Abs. 5 unserer Geschäftsordnung erhält jetzt Herr Minister Sander das Wort. Bitte schön!

Hans-Heinrich Sander, Minister für Umwelt und Klimaschutz:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die niedersächsische Energiepolitik richtet sich nach drei Aspekten aus, und zwar nach der Umweltverträglichkeit, der Wirtschaftlichkeit und - auch das ist ein ganz wichtiger Punkt - der Versorgungssicherheit. Niedersachsen braucht sich nicht zu verstecken. Nein, Niedersachsen kann auf das, was es vorweisen kann, stolz sein und damit bestehen. Wir sind das Energieland Nummer 1 in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Dies kommt nicht von ungefähr. Wir werden diese Position weiter festigen und ausbauen.

Dabei wird die Niedersächsische Landesregierung - auch das ist von uns immer wieder klar und deutlich gesagt worden; von Ihnen wird es vielleicht auch langsam zur Kenntnis genommen - weiter auf einen technologieoffenen Energiemix setzen, und zwar auf einen Mix aus fossilen Energieträgern, aus Kohle und - auch das muss man in Niedersachsen betonen - insbesondere aus Gas, weil wir über die größten Gasvorkommen in der Bundesrepublik Deutschland verfügen, aber auch aus Kernenergie und insbesondere aus erneuerbaren Energien.

Hinsichtlich der erneuerbaren Energien haben wir in der Koalitionsvereinbarung beschlossen, dass wir im Hinblick auf das Bestreben der Bundesregierung, die CO₂-Ziele im Jahr 2020 zu erreichen, insbesondere auf den Ausbau der Windkraft setzen. Das tun wir. Zurzeit wird der erste Windpark in der deutschen Nordsee von einem Unternehmen aus Emden gebaut. Gleichzeitig werden wir den Basishafen in Cuxhaven ausbauen, damit die Versorgung der Windparks gelingt.

Wir haben die Rahmenbedingungen dafür geschaffen, dass der Strom aus den Windparks in

der Nordsee abfließen kann. Wir haben dabei auf der Landseite noch einige Probleme. Diese werden wir aber gemeinsam mit Ihnen lösen; denn es geht nicht darum, ob der Strom rot, schwarz, blaugelb, grün oder dunkelrot ist. Es geht vielmehr darum, den Strom abzuführen.

Bei der Biogasproduktion haben wir ebenfalls eine Spitzenstellung erreicht. Daraus können Sie ersehen, dass Niedersachsen gerade im Bereich der erneuerbaren Energien führend ist. Wir dürfen aber nicht nur auf die Energieerzeugung blicken, sondern wir müssen in der Zukunft auch die Energieeinsparung stärker beachten. Energieeffizienz ist angesagt und notwendig.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich sage Ihnen hier klar und deutlich aber auch dies: Man darf die Menschen nicht überfordern und nicht eine Politik betreiben, die für die Menschen nicht mehr nachvollziehbar ist. Dazu gehört z. B. das Glühbirnenverbot. So ein Schwachsinn hoch drei!

(Zustimmung bei der CDU)

Das ist vor allen Dingen ökologisch nicht zu vertreten. Denn es ist keinesfalls klar, wie die Energiesparlampen, die Quecksilber enthalten, entsorgt werden. Was wird es denn in der Praxis bedeuten, wenn solch eine Energiesparlampe im Haushalt kaputt geht? Sie wird vermutlich automatisch im Restmüll landen. Das ist unverantwortlich.

(Zustimmung von Björn Thümler [CDU])

Man muss also erst die ökologischen Vorbereitungen treffen, bevor man mit Verboten arbeitet. In dem erwähnten Fall erfolgt Verbraucherbevormundung. Damit will man das Klima retten. Ich glaube, das ist der falsche Ansatz.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Beantwortung der Großen Anfrage haben meine Mitarbeiter sehr sorgfältig erarbeitet. Bei ihnen möchte ich mich bedanken. Ich darf mich insbesondere aber auch bei den Mitarbeitern der anderen Ministerien bedanken, die mit dazu beigetragen haben, dass wir Ihnen eine Antwort präsentieren können, die nicht nur eine Beschreibung unserer Energiepolitik darstellt, sondern auch für alle anderen, also auch diejenigen, die nicht besonders gutwillig sind, ein Fundus ist, dem sie auch statistische Angaben entnehmen können und an dem sie erkennen können, wie gut Niedersachsen aufgestellt ist.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich möchte mich bei allen noch einmal recht herzlich bedanken. Die Antwort auf die Große Anfrage ist ein interessantes Werk. Ich möchte mich insbesondere auch bei den Fragestellern dafür bedanken, dass sie uns die Gelegenheit gegeben haben, eine solche Bilanz vorzulegen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Ich hatte angekündigt, dass ich zur Einbringung des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zunächst einmal Herrn Kollegen Wenzel das Wort erteilen werde. Bitte schön!

(Zuruf von der SPD: Reden wir nicht zuerst über die Große Anfrage?)

- Für den Fall, dass noch Unklarheiten bestehen, wiederhole ich das, was ich anfangs angekündigt habe - vielleicht waren dabei nicht alle anwesend -: Bei der Besprechung der Großen Anfrage erhält nach der ersten Rede Herr Minister Sander für die Landesregierung das Wort. Ich hatte sehr deutlich gesagt, dass ich danach zur Einbringung des Antrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort erteile. Anschließend erhält die Fraktion der SPD das Wort. Im Rahmen der weiteren Beratung wird dann entsprechend den vorliegenden Wortmeldungen verfahren. Wir haben hier oben alles fest im Griff.

Herr Wenzel, Sie haben das Wort!

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was im Atomkraftwerk Krümmel in den letzten zwei Jahren geschehen ist, hätten selbst schärfste Kritiker nicht für möglich gehalten. Die Zuverlässigkeit des Betreibers und des Eigentümers ist zentrale Voraussetzung für die Genehmigung zum Betrieb eines Atomkraftwerkes. Die Betreiber des Atomkraftwerks Krümmel sind für eine beispiellose Pannenserie verantwortlich. Atomaufsicht und Öffentlichkeit wurden mehrfach falsch, verzögert oder gar nicht über Störfälle informiert. Auch der Miteigentümer E.ON hat geschwiegen.

Als der Transformator 2007 brannte, drang sogar Rauchgas in die Leitwarte. Zwei Jahre lang wurde daraufhin repariert. Dann - das war kaum für möglich zu halten - passierte an derselben Stelle er-

neut ein Fehler am Maschinentransformator. Es gab wieder dasselbe Spiel: wieder die Desinformation, die Nichtinformation der Öffentlichkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es war kein Vattenfall-Mann, der den schwedischen Vattenfall-Chef am 4. Juli informierte. Es war auch kein Vattenfall-Mann, der den Vattenfall-Chef Deutschland, Herrn Hatakka, über den neuen Störfall informierte. Das Alarmsystem bei Vattenfall funktioniert im Kern nicht, schrieb die *WirtschaftsWoche*. Weiter hieß es: Was nach dem neuen Vorfall in Krümmel passierte, ist ein Protokoll der Unfähigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Krümmel ist ein Siedewasserreaktor der Baulinie 69. Kein anderer Bautyp hat so viele Pannen und so gravierende Schwachstellen, die zu einer Kernschmelze führen können.

(Zustimmung bei der SPD)

Krümmel verfügt auch nicht über einen ausreichenden Terrorschutz. Nach 2001 waren umfangreiche Maßnahmen vereinbart. Davon haben die Betreiber nur einen sehr kleinen Teil umgesetzt.

Hanebüchen - Herr Sander und der Innenminister sind hier insbesondere angesprochen - ist die Nichtzusammenarbeit der niedersächsischen und schleswig-holsteinischen Atombehörden. Die erste Unterrichtung im Umweltausschuss musste quasi ausfallen, weil sich die niedersächsische Atomaufsicht mangels ausreichender Informationen offenbar nur aus der Zeitung informieren konnte. Die Anwohner wollen auch dann informiert werden, wenn die Katastrophe noch nicht eingetreten ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zudem muss man bei diesem Betreiber befürchten, dass sich der Reaktorfahrer als erster aus dem Staub macht, wenn es einmal richtig gefährlich wird. Meine Damen und Herren, wir wollen das Risiko nicht mehr tragen. Wir wollen, dass diesem Betreiber endlich die Lizenz entzogen wird. Wir wollen, dass dieses Kraftwerk ein für alle Mal stillgelegt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN und Zustimmung bei der SPD)

Auch wenn das Kraftwerk genau jenseits der Landesgrenze steht - von einem Unfall wären wir in Niedersachsen direkt betroffen. Wir erwarten, dass die Landesregierung in den Bund-Länder-Kommis-

sionen diese Konsequenzen einfordert. Wir fordern für heute sofortige Abstimmung. Wir möchten gerne auch eine namentliche Abstimmung,

(Ursula Körtner [CDU]: Wir auch!)

um zu sehen, ob die Abgeordneten der Koalition aus der Region um Lüneburg herum in dieser Frage Haltung bewahren oder nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN und Zustimmung bei der SPD)

Herr Sander, wer Ihre Antwort auf die Große Anfrage liest, die heute ebenfalls beraten wird, der weiß ganz genau: Sie stehen für Vergangenheit. Sie stehen für Verantwortungslosigkeit.

(Ursula Körtner [CDU]: Das ist eine Unverschämtheit!)

Sie wollen nicht zur Kenntnis nehmen, dass Atomstrom heute auf sehr hohem Niveau staatlich subventioniert wird. Die Subventionen sind aber keine Anschubfinanzierung mehr. Sie sind auch nicht degressiv wie bei den erneuerbaren Energien, sondern sie steigen aufgrund der vielen nuklearen Müllhalden sogar noch an. Schon mehr als 25 Milliarden Euro Steuergeld für nukleare Altlasten stehen auf der Rechnung: 5 bis 8 Milliarden Euro jährlich durch Verzicht auf angemessene Haftpflichtversicherungen, 27 Milliarden Euro steuerfreie Rückstellungen, die im Falle eines Konkurses verloren wären. Es gibt keine Möglichkeit, Strom teurer zu produzieren.

Herr Sander, Sie präsentieren uns hier Zahlen von denselben Lobbyisten, die auch das Desaster in der Asse schöngerechnet haben. Ihre Statistiken zur weltweiten Entwicklung der Atomkraft stammen aus dem Verbandsorgan des Deutschen Atomforums und der Kerntechnischen Gesellschaft.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Auf die hört er halt!)

Darunter sind Baustellen, die seit mehr als 20 Jahren existieren. Sie haben noch gar nichts gelernt aus den Niederlagen der Vergangenheit, Herr Sander, aus Wackersdorf, aus der WAK Karlsruhe, aus Kalkar und Hamm-Uentrop. Sie sprechen von Nachhaltigkeit auf der Basis der Wiederaufarbeitung. Welch ein Wahnsinn, meine Damen und Herren, welch ein Wahnsinn!

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Sie pervertieren den Begriff der Nachhaltigkeit, Herr Sander. Sie ignorieren den Müll in der Asse, der zum größten Teil aus der Wiederaufarbeitung stammt. Sie ignorieren den flüssigen Atommüll, der noch heute in der WAK Karlsruhe steht und dort permanent gekühlt und gerührt werden muss, was kaum vorstellbar ist. Sie wollen nicht wahrhaben, Herr Sander, dass Atomkraft in der Bilanz fünfmal mehr Kohlendioxid ausstößt als Windkraftanlagen und dass selbst fossilbetriebene Blockheizkraftwerke weniger Kohlendioxid ausstoßen als Atomkraftwerke. Nein, zum Klimaschutz taugt diese Technologie nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN und Zustimmung bei der SPD)

Herr Sander, Sie sehen kaum Potenzial bei der Windkraft im Binnenland, ganz im Gegensatz zu dem ENERCON-Geschäftsführer Aloys Wobben aus Aurich, der im April schrieb - Zitat -:

„2020, in nur elf Jahren, kann die Hälfte der deutschen Stromversorgung erneuerbar sein, und die Windenergie steuert den Löwenanteil bei.“

(Martin Bäumer [CDU]: Und die andere Hälfte?)

Dann geht das Zitat weiter:

„Fallen wir durch den Ausstieg aus dem Atomausstieg und neue Kohlekraftwerke wieder in überwunden geglaubte Zeiten zurück, wird die Erneuerung unserer Stromversorgung um Jahre zurückgeworfen.“

So weit das Zitat von Herrn Wobben.

Meine Damen und Herren, die Antwort auf diese Große Anfrage ist in weiten Teilen ein Dokument des Rückschritts, ein Dokument der Blockade, und es ist Keimzelle für massivste gesellschaftliche Konflikte in der Zukunft, wenn Sie jemals die Chance haben sollten, in diese Richtung zu gehen, was ich aber sehr ernsthaft bezweifle.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Herr Sander, auch Ihr Umgang mit dem Desaster in der Asse zeigt: Sie wollen eigene Verantwortung vertuschen. Sie weigern sich, CDU- und FDP-Minister in den Untersuchungsausschuss zu zitieren, und Sie wollen eine Brandmauer zwischen der Asse und Gorleben errichten, Frau Bertholdes-

Sandrock. Aber das wird Ihnen nicht gelingen. Es waren nämlich Ihre Fackelträger, Frau Bertholdes und Herr Bäumer, die die Asse zum sicheren Atommülllager und zum Prototyp für Gorleben erklärt haben. Wir brauchen Ihnen doch nur Ihre eigenen Zitate unter die Nase zu reiben, auch die Zitate von Ihrer Regierung, Herr Bäumer.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, schon früh war den Insidern bewusst, dass die Salzlinie für die Endlagerung in Gefahr ist, wenn die ganze desaströse Entwicklung in der Asse öffentlich ausgebreitet wird. Deshalb hat man geschwiegen, vertuscht, gefälscht und manipuliert und - wie wir jetzt wissen - auch Akten an die Seite geschafft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb wollte man am Ende auch fluten. Ich sage Ihnen eines: Das deutsche Endlagerkonzept ist gescheitert. Wir fordern die Bundesregierung und die Landesregierung auf, unverzüglich eine echte, neue und ergebnisoffene Suche nach einem geeigneten Ort und einem geeigneten Konzept für die Lagerung von heißem hochradioaktivem Atommüll einzuleiten. Der Bundestag muss hierfür eine gesetzliche Grundlage schaffen, ein öffentlich-rechtliches transparentes Verfahren mit umfassender Bürgerbeteiligung und einer verursachergerechten Umlage der Kosten auf die Atomindustrie.

(Zustimmung bei den GRÜNEN - Ernst-August Hoppenbrock [CDU]: Warum hat Herr Trittin das nicht gemacht?)

Der Standort Gorleben ist ungeeignet und muss aufgegeben werden. Er wurde - das wissen Sie in der CDU noch viel besser als wir - 1976/77 innerhalb weniger Monate aus politischen Gründen und gegen den Rat von Fachleuten und Geologen sowie gegen den Rat von damals vorliegenden Gutachten ausgewählt. Die Geologie weist schwere Mängel auf. Wichtige geologische Gutachten wurden später offenbar manipuliert, um eine Eignung vorzutäuschen. Deshalb reicht auch ein bisschen Suchen auf dem Papier nicht aus, wie es der SPD-Antrag vorschlägt. Für die Suche nach einem Endlager oder einem Ort für die rückholbare Dauerlagerung braucht es ein Gesetz nach den Kriterien des AkEnd. Wir wollen keine Alibisuche.

Jetzt ist Herr Gabriel hier deutlich weitergegangen als der vorliegende SPD-Antrag. Das findet sich

aber in der Beratungsvorlage von heute noch nicht wieder. Deshalb können wir ihr nicht zustimmen.

Meine Damen und Herren, jetzt ist klar: Die Rechte zur Erkundung von etwa 100 Grundstücken laufen im Jahre 2015 aus. Außerdem fehlen für die Erkundung unverzichtbare Grundstücke von Graf Bernstorff und von der Kirche. Ihr Endlagerprojekt, Herr Sander, Herr Wulff, ist gegen die Wand gefahren, und zwar auf ganzer Linie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es gibt nur einen Grund, warum CDU und FDP so unbeirrt und starr an der Fiktion eines Standortes Gorleben festhalten: Der Torso in Gorleben ist der Entsorgungsvorsorgenachweis für die 17 noch laufenden Atomkraftwerke in Deutschland. Die Zwischenlager sind nur für den aktuellen Betrieb. Aber der Entsorgungsvorsorgenachweis für den viele Jahrtausende strahlenden Atommüll ist unverzichtbar. Dieser Entsorgungsvorsorgenachweis ist nach dem Desaster in der Asse, nach der Manipulation von Gutachten und vor dem Hintergrund fehlender Erkundungsrechte schlicht und einfach nicht mehr vorhanden.

Meine Damen und Herren, der Kaiser ist nackt. Herr Wulff ist in dieser Frage genauso nackt wie Herr Sander und die Kanzlerin sowie die Vorstandsvorsitzenden der großen Atomkonzerne. Nostalgie ist offenbar die Muse der Atomindustrie und der Atomlobbyisten, sie schwelgen in Erinnerungen. Wir aber wollen für die Zukunft planen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Unsere Gesellschaft nutzt seit fast 50 Jahren Atomstrom. Aber für den Umgang mit Atommüll hat sie bis heute keine Idee, kein Konzept und keine Landebahn. Das, meine Damen und Herren, ist ein Verbrechen an unseren Kindern und Kindeskindern. Dafür tragen an vorderster Stelle die beiden Atomparteien CDU und FDP die Verantwortung.

Ich danke Ihnen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und Beifall bei der LINKEN - Ulf Thiele [CDU]: Herr Trittin hätte es tun können und hat sich verweigert, Herr Gabriel hätte es tun können und hat sich verweigert, und wir kriegen den Schwarzen Peter!)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Kollege Thiele, mir liegt jetzt eine Wortmeldung der SPD-Kollegin Schröder-Ehlers vor und

nicht von Herrn Kollegen Thiele von der CDU-Fraktion. Frau Schröder-Ehlers, Sie haben das Wort.

Andrea Schröder-Ehlers (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Krümmel und Gorleben: Der Pannereaktor Krümmel ist abgeschaltet und muss abgeschaltet bleiben. Und Gorleben ist Symbol für die gescheiterte Endlagerfrage in Deutschland. Krümmel und Gorleben machen eines deutlich: Meine Damen und Herren von CDU und FDP, Sie sind mit Ihrer Atompolitik, Sie sind mit Ihrer Endlagerpolitik, Sie sind mit Ihrer verkündeten Atomgläubigkeit, Sie sind auf ganzer Linie gescheitert. Sie sind auf einem absoluten Irrweg.

(Beifall bei der SPD - Björn Thümler [CDU]: Das ist ziemlicher Unfug, den Sie da erzählen! Das macht aber nichts! Sie müssen die Realität sehen!)

Während Sie immer noch einer Technologie aus dem letzten Jahrtausend hinterherlaufen - das haben die Antworten gerade deutlich gemacht - und den Beschwörungsformeln der Industrie anhängig lauschen,

(Björn Thümler [CDU]: Das hat was mit Verantwortung zu tun!)

werden die Täuschungsmanöver der letzten Jahre, werden die Lügen, die Tricks jetzt langsam Stück für Stück aufgedeckt. Schauen Sie hin, hören Sie zu, und nehmen Sie die Daten und Fakten endlich zur Kenntnis!

(Zustimmung bei der SPD)

Dazu gehört erstens: Es gibt keine unfehlbaren Kernkraftwerksbetreiber, und es gibt keine wirklich sicheren Atomkraftwerke - nicht in Niedersachsen, nicht in Schleswig-Holstein, nicht in Deutschland.

(Zustimmung bei der SPD - Björn Thümler [CDU]: Hat das jemand behauptet?)

30 Jahre nach der Katastrophe in Harrisburg, 23 Jahre nach Tschernobyl, drei Jahre nach der Katastrophe in Forsmark, wenige Wochen nach den Vorfällen in den Vattenfall-Kernkraftwerken in Deutschland und in Schweden - Krümmel und Ringhals - gibt es nur eine Schlussfolgerung: Kernkraftwerke bergen hohe Risiken, und wir alle können nur hoffen; denn die Wahrscheinlichkeit, dass es zu einem weiteren GAU kommt - wir ha-

ben darüber vor ein paar Wochen schon einmal diskutiert -, ist größer, als sechs Richtige im Lotto zu haben.

(Beifall bei der SPD)

Wenn sich wie in Krümmel technische Probleme zeigen und der Betreiber nicht in der Lage ist, diese Probleme zu lösen, dann muss man klare Konsequenzen ziehen und darf man nicht rumeiern und von einer vierten Chance sprechen, wie Herr Carstensen und sein Umweltminister dies gerade tun. Stattdessen muss man handeln. Man muss klar und deutlich handeln. Insofern kann es nur eine Lösung geben: Krümmel muss abgeschaltet bleiben, und zwar für immer.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ich hoffe sehr, Herr Sander, Herr Wulff - er ist heute leider nicht da - - -

(David McAllister [CDU]: Der ist entschuldigt! Das wissen Sie!)

- Ja, vielleicht muss er nach der Brandt-Rede von gestern noch abkühlen.

(Beifall bei der SPD - Björn Thümler [CDU]: Nein, er ist entschuldigt! - Weitere Zurufe von der CDU - Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich hoffe wirklich sehr - - -

(Anhaltende Unruhe)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Frau Kollegin Schröder-Ehlers, es hat so keinen Zweck. Die Lautstärke ist eindeutig zu groß. Den Unmut kann ich verstehen. Morgens zu Beginn einer jeden Plenarsitzung wird immer mitgeteilt, wer für den jeweiligen Tag entschuldigt ist.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Es gibt eine Anwesenheitspflicht für das Kabinett!)

Das ist bereits langfristig angekündigt worden. Auch im Ältestenrat ist das so diskutiert worden. Dieses Thema steht jetzt nicht auf der Tagesordnung, sondern Sie, Frau Schröder-Ehlers, haben jetzt zu den Tagesordnungspunkten 13 bis 15 das Wort.

Andrea Schröder-Ehlers (SPD):

Ich bedauere es sehr, dass Herr Wulff bei diesem Tagesordnungspunkt nicht anwesend ist; denn es ist ein wichtiges Thema. Es wäre schön gewesen,

wenn wir auch bei der namentlichen Abstimmung merken würden, dass sich nicht nur Herr Sander, sondern auch Herr Wulff durchaus für ein Abschalten von Krümmel ausgesprochen hat.

Die zweite grundlegende Erkenntnis lautet: Die Endlagerversuche in Gorleben sind gescheitert. Gorleben ist raus. Wir brauchen einen völligen Neustart.

(Beifall bei der SPD - Karin Bertholdes-Sandrock [CDU]: Das betet sie nach! Die betet alles nach!)

Die Kriterien müssen nochmals überprüft werden, und dann muss bundesweit ergebnisoffen gesucht werden. Die Versuche von Ihnen, meine Damen und Herren von der CDU, Gorleben politisch durchzudrücken und zu erzwingen, sind wirklich gescheitert, und zwar auch hier auf ganzer Linie.

(Beifall bei der SPD)

Seit 32 Jahren versuchen Sie, Gorleben zum bundesweiten Endlager zu machen. Jetzt haben Sie einen Scherbenhaufen und stehen Sie vor dem Nichts. Sie haben 1,5 Milliarden Euro im wendländischen Salz verbuddelt, und das nur, weil Sie gegen jeden Sach- und Fachverstand mit dem Kopf durch die Wand wollten. 1977 war es Ihr Ministerpräsident Ernst Albrecht, der diesen Standort hier im Hause aus dem Hut zauberte, obwohl bis dahin immer nur andere Standorte in der Diskussion waren. Das war eine rein politische Entscheidung. Oder warum halten Sie nach 30 Jahren die Protokolle noch immer unter Verschluss mit der Begründung, sonst die Funktionsfähigkeit der Landesregierung zu beeinträchtigen? Meine Damen und Herren, es ist doch bezeichnend, dass sich Herr Wulff auch hier hinter Verfahrensvorschriften verstecken muss und den Beweis schuldig bleibt.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

1983 gab es die ersten Probebohrungen. Die Wissenschaftler hatten Zweifel an der Eignung des Deckgebirges und befürchteten eine Kontamination des Grundwassers. Und schon wieder griff die Politik ein. Diesmal war es Kanzler Kohl, der sich einmischte und Gutachten umschreiben ließ, damit es passte, damit weiter gebohrt und gebaut werden konnte.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das ist ja unerhört!)

Dann wurde gebaut, obwohl die Erkundung des gesamten Salzstockes noch lange nicht abge-

geschlossen ist und man noch mindestens bis 2025 bräuchte, um überhaupt eine abschließende Genehmigung zu erhalten. Erst 2025 hätten Sie eine Genehmigung. Nun muss man feststellen, dass die Verträge mit den betreffenden Grundstückseigentümern, die man zur Erkundung ja braucht, Frau Bertholdes-Sandrock, schon im Jahr 2015 auslaufen. Diesmal waren es die ehemaligen Bundesumweltminister Töpfer und Merkel mit ihrem Bundesamt für Strahlenschutz, die diese 115 Verträge mit den Grundeigentümern abschließen ließen.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Nur Dilettanten unterwegs!)

Wenn Sie keine Enteignungen wollen, Herr Sander, dann brauchen wir auch keine Verlängerung des Moratoriums. Dann sollten wir jetzt die Bagger ruhen lassen, dann ist Gorleben raus und brauchen wir dort keinen weiteren Handschlag mehr zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Das hat übrigens auch Ihre Kollegin, die baden-württembergische Umweltministerin Tanja Gönner, in den letzten Tagen mehrfach in der Presse erklärt. Sie sieht es genau so wie wir. Auch sie findet, dass es einen Neustart geben muss.

(Ingrid Klopp [CDU]: Nein, das stimmt so nicht!)

Herr Sander, wenn Sie schon nicht auf uns hören, dann hören Sie doch wenigstens auf Ihre Fachfrau aus Baden-Württemberg!

(Zustimmung bei der SPD)

Lassen Sie mich zum Abschluss noch eine dritte Erkenntnis erläutern. Im Zwischenlager Gorleben, in dieser besseren Kartoffelscheune, stehen schon jetzt 91 Castoren - gekühlt von der frischen wendländischen Luft, ohne Filter, nur vor Regen geschützt -, die dort - Sie wissen es alle - von 400°C auf 200°C abkühlen sollen. Dafür braucht man ungefähr 20 bis 30 Jahre. Auch das wissen Sie. Dieses Zwischenlager muss endlich in den Katastrophenschutzplan des Landes aufgenommen werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben Katastrophenschutzpläne für Waldbrände und Hochwasser. Herr Schünemann ist doch tatsächlich der Meinung, dass von einem Zwischenlager, in dem in 91 Behältern hochradioaktiver und hochgiftiger Müll lagert, keine Gefahr ausgehe - weder im Falle eines Brandes der Kiefern-

wälder rund um das Lager noch im Falle des Absturzes eines Flugzeuges. Hier, meine Damen und Herren, muss ganz schnell etwas geändert werden. Das Zwischenlager muss in den Katalog der Gefahrenquellen aufgenommen werden. Herr Sander, Herr Schünemann, Herr Wulff, es ist Zeit, hier ganz schnell zu handeln.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank, Frau Schröder-Ehlers. - Für die Fraktion DIE LINKE hat nun Herr Herzog das Wort. Bitte schön!

(Beifall bei der LINKEN)

Kurt Herzog (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich bei CDU und FDP ausdrücklich für diese politische Steilvorlage mitten hinein in den Wahlkampf. Sie legen im Schulterschluss mit der Landesregierung in schonungsloser Offenheit die energiepolitische Sackgasse offen, in die Schwarz-Gelb das Land Niedersachsen, aber auch die Bundesrepublik Deutschland führen will.

(Beifall bei der LINKEN - Björn Thümler [CDU]: Da haben Sie wohl falsch gelesen!)

Herr Thümler, in der Tat zieht sich ein schwarzer gelber Faden durch Ihre Energiepolitik in Form von Atom- und Kohlekraft, wobei Sie noch immer versuchen, alle Probleme außen vor zu lassen: Uranabbau, Endlagerdesaster, Kinderkrebs, rieselnde Schwermetalle etc. etc. Aber Sie sollten sich eben auch einmal solche Studien zu Gemüte führen wie diese hier vom Bundesverband Erneuerbare Energie. Stattdessen stützen Sie sich auf die Ideologen von Atom- und Kohlelobby.

(Beifall bei der LINKEN - Bernhard Busemann [CDU]: Sie sind kein Lobbyist?)

Ihr Doppelpassspiel mit der Landesregierung entpuppt sich allerdings schnell als Rohrkrepierer. Begriffsverwirrungen - ob bewusst oder unbewusst, ob aus Wissensdefiziten, sei einmal dahingestellt - wechseln sich ab mit Mutmaßungen und Halbwahrheiten. Sie üben sich ausgiebig im Konjunktiv mit „sollte“, „hätte“, „könnte“ und strapazieren nichtssagende Allgemeinplätze wie „Netzwerke“, „Arbeitsgruppen“, „Kommissionen“ etc. Kon-

kret sind Sie nur bei einem, nämlich bei Atom- und Kohlekraftwerken.

Zunächst einmal wird aus Ihrer Bilanz, Herr Thüm-
ler, deutlich,

(Björn Thümmler [CDU]: Lesen Sie
doch einmal richtig!)

dass Niedersachsen schon jetzt Strom zu einem
Drittel über seinen Bedarf hinaus produziert und
ausführt. Nach der Zielsetzung von CDU und FDP
würden zusätzliche neu gebaute Kohlekraftwerke -
weitere 6 000 MW - das Land zum CO₂-Land
Nummer eins machen, wie Ihnen auch das Bremer
Energieinstitut bescheinigt.

Trotz der fehlenden Terrorsicherheit auch der
niedersächsischen Atomkraftwerke, trotz der mög-
licherweise katastrophalen Wirkung bei Verstop-
fung der Sumpfsiebe im Kühlkreislauf, trotz Kin-
derkrebsstudie, trotz der höchsten Ansammlung
des Strahlenkrebses Leukämie bei Kindern in der
Elbmarsch, trotz der Verseuchung der Nordsee
durch Wiederaufarbeitung in La Hague und Sella-
field, trotz, trotz, trotz ... verbeißen sich CDU und
FDP weiter in die Atomenergie und träumen vom
rettenden Ufer zukünftiger Reaktorgenerationen.

Herr Bäumer, Sie reden über Atomkraftwerke wie
Familie Hoppenstedt bei Lorient.

(Beifall bei der LINKEN - Zustimmung
bei der SPD und bei den GRÜNEN -
Björn Thümmler [CDU]: Falsch! Unver-
schämt!)

Und dabei blenden Sie die Unzuverlässigkeit der
Betreiber wie Vattenfall in Krümmel schlicht aus.
Krümmel muss das bleiben, was es ist: mal richtig
abgeschaltet. Das können Sie von CDU und FDP
nicht nur im Landkreis Lüneburg fordern, das müs-
sen Sie auch hier tun.

Sie ignorieren bis zu 14 000 todgeweihte Lungen-
krebskranke durch den Uranabbau der deutschen
Wismut und die mindestens ebenso schlimmen
Verhältnisse z. B. in Afrika, woher 30 % des Urans
für die deutschen AKWs kommen. Sie wissen ge-
nau, dass das Uran nur noch für 40 Jahre reicht,
dass sich der Preis seit 2000 versechsfacht hat,
mit steigender Tendenz. Sie weisen beim Gas
immer auf die Teilabhängigkeit vom bösen Russ-
land hin, verheimlichen hier aber verschämt, dass
Deutschland Uran zu 100 % aus dem Ausland
bezieht. Sie bezeichnen Atomstrom als Ökostrom,
weil er CO₂-frei ist - eine bewusste Unwahrheit,
das nenne ich eine glatte Lüge. Selbst fossile

Gaskraftwerke in Kraft-Wärme-Kopplung haben
keine schlechtere CO₂-Bilanz.

Die Atomenergie, produziert von 439 AKWs, macht
weltweit nur ca. 2 % des Endenergieverbrauchs
aus.

(Björn Thümmler [CDU]: Warum denn?)

Sie behaupten, über 100 AKWs seien in Bau und
geplant, z. B. drei in der Schweiz. Das gucken wir
uns nun einmal näher an. Dort laufen fünf uralte,
drei sind angeblich geplant, davon eines auf einer
Erdbebenspalte. Die drei geplanten rechnen Sie
aber einfach dazu, obwohl zwei der alten dem-
nächst abgeschaltet werden. So fälscht man Zah-
len!

(Björn Thümmler [CDU]: Quatsch!)

Aber selbst, wenn diese 120 AKWs - Herr Thümmler,
Sie können heute etwas lernen - hinzukämen,
käme man noch nicht einmal auf 3 % des weltwei-
ten Endenergieverbrauchs, durch Atomkraft ge-
deckt. Wie eine Monstranz tragen Sie die Wunsch-
zettel aus den Machtzentralen der Atomindustrie
vor sich her.

(Beifall bei der LINKEN und bei den
GRÜNEN)

Und damit, Herr Thümmler, wollen Sie diese Welt,
dieses Klima retten. Es ist aberwitzig!

(Björn Thümmler [CDU]: Ja, Sie retten
die Welt!)

Sie retten hiermit nur die Profite der Atombetreiber,
und zwar auf Kosten der Gebührenzahler.

(Beifall bei der LINKEN und bei den
GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die Kohlepolitik der
Landesregierung ist hilflos, ebenso die verharmlo-
senden Wortschöpfungen unseres atomfossilen
Energieeministers Sander, wenn er von hoch effi-
zienten Kohlekraftwerken spricht: Ein paar Prozent
Verbesserung, Herr Thümmler, werden hinten sofort
wieder durch CO₂-Abscheidung zunichte gemacht,
weil man dafür nämlich mindestens ein Drittel der
Energie braucht. Auch hier wieder eine Chimäre
zum Gesundbeten veralteter Steinzeittechnologie!

Diesen Hirnriss haben die Menschen vor Ort aber
mittlerweile längst begriffen. Davon zeugen die
Unterschriftensammlungen in Dörpen von Tausen-
den und der abschlägige Beschluss zur CO₂-Spei-
cherung im Landkreis Leer.

Das Ökofeigenblatt dieser Regierung, die Offshorewindkraft, hat einen ganz heftigen Pferdefuß. Sie steht in diametraler Konkurrenz zur Kohlekraft. Vorrang für Windstrom bedeutet, dass die Kohlekraftwerke bei gutem Windangebot heruntergefahren werden müssen und 40 % ihrer Betriebsstunden einbüßen, d. h. unwirtschaftlich werden.

(Zuruf von der CDU: Und bei Windstille?)

- Dazu kommen wir gleich.

All das merken die Energieoligarchen natürlich, und es verdichten sich die Hinweise, dass Sie der Politik Laufzeitverlängerungen für Atomkraftwerke abhandeln wollen und im Gegenzug Kohlekraftwerke aufgeben wollen. Das ist ein Milliardengeschäft; denn man spart natürlich Investitionen.

(Bernhard Busemann [CDU]: Geschäft ist immer schlimm!)

Meine Damen und Herren, wenn nichts mehr hilft, Herr Busemann, dann ziehen Sie die Karte mit der Stromlücke aus dem Ärmel. Obwohl sie zigfach widerlegt ist, murmeln Sie weiterhin gebetsmühlenartig dieses Mantra vor sich hin. Sie ist vom Bundesumweltamt widerlegt, vom Bundesverband Erneuerbare Energie, von den Studien von Scheer und Traube für Hessen beispielsweise, um nur einige zu nennen.

(Björn Thümler [CDU]: Wer ist denn Herr Scheer?)

Sie reden eine Versorgungsunsicherheit herbei. - Herr Thümler, Herrn Scheer sollten Sie kennen.

(Björn Thümler [CDU]: Der ist sehr objektiv!)

Auch von dem können Sie viel lernen.

(Zustimmung bei der LINKEN - Kreszentia Flauger [LINKE]: Sie spielen mit der Angst der Menschen! - Lachen bei der CDU - Björn Thümler [CDU]: Die hat Humor!)

Jetzt kommen wir noch einmal zur Kraft-Wärme-Kopplung, meine Damen und Herren. Dänemark, Herr Thiele, ist kein Atomstromproduzent. Dort hat man einen anderen Weg eingeschlagen. Dort hat man 50 % Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung. Österreich ist kein Atomstromproduzent, Herr Thiele. Das Land ist hoch entwickelt bei der Nutzung der Biomasse. Und dann sagen Sie immer wieder: Deutschland ist das einzige Land, dass den Atomweg verlässt. - Blödsinn!

(Beifall bei der LINKEN - Björn Thümler [CDU]: Wie war das mit Schweden? Blödsinn!)

Meine Damen und Herren, mit nicht unberechtigter Häme zeigen Sie von CDU und FDP dann auf SPD und Grüne: Ätsch, ihr wart es doch, die im Atomnonsensvertrag mit der Atomindustrie Gorleben als eignungshöflich definiert habt.

(Björn Thümler [CDU]: So ist das wohl!)

Ja, in Lüchow-Dannenberg, in Wahlveranstaltungen und auch schon einmal in nicht öffentlichen Ausschusssitzungen erklären SPD-Vertreter durchaus und heute auch hier - das ist ein Fortschritt -, Gorleben sei nicht tauglich - nach dem Murks in der Asse. Aber wenn es konkret wird, wie in dem Antrag, dann fehlt genau diese Aussage. Ich lege Ihnen allen deshalb nahe, unsere frische Studie zum Salzstock Gorleben zu lesen.

(Zuruf von Karin Bertholdes-Sandrock [CDU])

Ich lege sie nachher natürlich auch Herrn Minister Sander in die Hände. - Auch Ihnen Frau Bertholdes-Sandrock; auch Sie lesen ja so gerne. - Der Geologe Schneider weist darin nämlich nach, dass Ihre Zweifelsfragen in keiner Weise abgearbeitet sind, dass Anhydrit und Kalisalz die Einfallstore für Wasserzuflüsse sind und dass Wärme das Salz instabil macht.

(Karin Bertholdes-Sandrock [CDU]: Ganz aktuelle Ergebnisse! - Gegenruf von Detlef Tanke [SPD]: Sie ignorieren das!)

- Ja, Sie sollten das einmal lesen.

Meine Damen und Herren, ich will es an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Ich fordere einen Untersuchungsausschuss zu Gorleben, und zwar auf der Bundesebene; denn Gorleben ist in der Tat eine Skandalgeschichte ohne Gleichen. Ministerpräsident Albrechts Fehlgriff 1977, politisch motiviert, folgte die Erkundung durch die PTB. Der Projektleiter Duphorn wurde 1981 entlassen, weil er gesagt hatte: Gorleben geht nicht. - Am 5. Mai 1983 legte die PTB dann ein kritisches Gutachten vor. Einen Tag später hatte die damalige Bundesregierung dieses Ding umgeschrieben.

(Karin Bertholdes-Sandrock [CDU]: Wofür es nicht einen Beleg gibt! - Gegenruf von Stefan Wenzel [GRÜNE]:

Das ist doch lächerlich, Frau Bertholdes-Sandrock!)

Das ist Fälschung!

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend - - - Was ist denn mit der Uhr passiert?

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Herzog, machen Sie sich keine Sorgen. Wir haben auch das hier im Blick. Sie haben eine Gesamtrededzeit von 12.30 Minuten. Sie haben bislang 9.43 Minuten lang gesprochen. Die Uhr ist jetzt angehalten. Sie haben noch ungefähr drei Minuten Rededzeit.

Kurt Herzog (LINKE):

Soll ich ausschöpfen?

(Beifall bei der LINKEN - Björn Thümmler [CDU]: Was ist mit der Windstille? - Weitere Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich als Wendländer noch etwas zu den Sicherheitsanforderungen von Sigmar Gabriel sagen. Sigmar Gabriel hat offensichtlich durchaus eine Wandlung, eine Entwicklung gemacht. Aber er hat auf der Zielgeraden seiner Amtszeit - - -

(Zuruf von Ulf Thiele [CDU])

- Herr Thiele, hören Sie doch einfach mal einen Augenblick zu! Es geht doch gegen Ihren politischen Gegner. Das kann Sie doch nur freuen.

(Ulf Thiele [CDU]: Ich bestätige Sie ja gerade!)

Er hat auf der Zielgeraden seiner Amtszeit die sogenannten Sicherheitsanforderungen für Endlager herausgegeben. Diese sind aber im vorliegenden SPD-Antrag überhaupt kein Thema, und mit denen kann man sich in der Tat auch nicht brüsten. Die Forderung nach einem intakten Deckgebirge als eine von mehreren notwendigen Barrieren ist nämlich auf der Strecke geblieben. Das ist sehr passend zu Gorleben; denn auch dort gibt es kein intaktes Deckgebirge, wie wir wissen.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Weiterhin wurde deutlich, dass der sogenannte einschlusswirksame Bereich eben gerade das nicht sein wird. Er soll laut Gabriel so viel Radioak-

tivität durchlassen dürfen, dass unter ungünstigen Randbedingungen jeder tausendste Anwohner schwere gesundheitliche Folgen wie Krebs oder genetische Schäden davontragen darf.

Diese unakzeptablen Sicherheitsanforderungen - ich nenne sie einmal Austrittszulassungen - hat der Kreistag von Lüchow-Dannenberg kürzlich mit den Stimmen von SPD und FDP ebenso abgelehnt wie das Wirtsgestein Salz an sich und ein Endlager in Gorleben konkret. Er hat stattdessen eine qualifizierte vergleichende Standortsuche nach Stand von Wissenschaft und Technik gefordert. Diese Beschlüsse sind Ihnen allen ja zugegangen.

(Glocke der Präsidentin)

Zumindest von der SPD erwarte ich deshalb heute ein zustimmendes Votum zu unserem konkreten Änderungsantrag zum Thema Endlagersuche und Sicherheitsanforderungen; denn unser Änderungsantrag heilt genau die Versäumnisse Ihres Antrags: Gorleben raus aus dem Pool, Sicherheitsanforderungen überarbeiten, Frau Schröder-Ehlers, weil sie so nicht gehen. Wer rund um die Asse auf Plakaten mit dem Slogan „Atomkraft war gestern“ wirbt, der muss auch an dieser Stelle Klartext sprechen.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, die meisten Menschen in Lüchow-Dannenberg, Frau Bertholdes,

(Zuruf von Karin Bertholdes-Sandrock [CDU])

sind und bleiben verlässlich gegen die ungenügenden Sicherheitsanforderungen, gegen ein Endlager im Salz, gegen ein Endlager in Gorleben. Viele von ihnen fahren am 5. September mit Hunderten von Bauern und ihren Treckern unter dem Motto „Mal richtig abschalten“ nach Berlin. Wir sind dabei.

(Lebhafter Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Für die SPD-Fraktion hat sich jetzt Herr Kollege Meyer zu Wort gemeldet. - Ein Hinweis für die Fraktion DIE LINKE, weil die Uhr eben nicht mehr richtig lief: Sie haben Ihre Rededzeit um vier Sekunden überschritten, also keine Restrededzeit mehr. - Herr Kollege Meyer, Sie haben das Wort.

Rolf Meyer (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich darf zunächst eingangs feststellen, dass ich es sehr bedauere, dass der stellvertretende Fraktionsvorsitzende aus Ihren Reihen, der für dieses Thema zuständig ist, hier nicht anwesend ist. Er hat sich nicht entschuldigt oder krank gemeldet. Das ist wider die Absprachen der Fraktionen. Ich vermute einmal - ich kann es ja noch nicht belegen -, dass er als Schatten des Ministerpräsidenten in Faßberg ist. Ich finde das skandalös.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das ist unerhört! Es gibt eine Zusage von Herrn McAllister! Herr Thümler, was ist denn das? - Gegenrufe von der CDU)

- Vielen Dank für die Absprachen, Herr Kollege!

Ich bedanke mich aber bei den Mitarbeitern, für die es sicherlich eine Fleißarbeit war, 100 Fragen und 100 Antworten zu formulieren. Einige Zahlen, die Niedersachsen betreffen, sind in der Tat neu und durchaus hilfreich.

Die Landesregierung unternimmt den Versuch, auf 58 Seiten ihre künftige Energiepolitik zu rechtfertigen. Weil es sinnvoll ist, beginne ich mit einem Zitat aus der Antwort der Landesregierung. Dieses Zitat macht schlagend deutlich, wie wenig CDU und FDP von der Notwendigkeit verstanden haben, politisches Handeln ehrlich zu begründen. Es heißt dort auf Seite 20:

„Sie“

- damit sind die Kernkraftwerke der dritten Generation gemeint -

„sind so ausgelegt, dass sie schwere Reaktorunfälle mit Kernschmelze sicher beherrschen können.“

Da fasst man sich wirklich an den Kopf. Man kann es gar nicht glauben, wenn man so etwas liest. Die neuen Technologien und die hoch qualifizierte Technik sind nicht einmal in der Lage, auf einen Transformatorbrand zu reagieren und die Ursachen zu beheben. Sie wollen reparieren.

(Christian Dürr [FDP]: Sie wissen nicht einmal, was die dritte Generation ist! Erklären Sie uns das einmal! Sie haben keine Ahnung von der Technik!)

- Ich weiß, was die dritte Generation ist, Herr Kollege Dürr. Zu Ihnen komme ich gleich noch. Sie schneiden da nicht wirklich besser ab.

Wie ideologisch verblendet muss man eigentlich sein, wenn man den Menschen weismachen will, dass sich so etwas wie in Tschernobyl wegen technischer Maßnahmen hier nicht wiederholen kann? - Das ist einfach lächerlich. Wollen Sie denn heute schon Betonsarkophagen um die Anlagen bauen?

(Heinz Rolfes [CDU]: Lächerlich ist, was Sie hier sagen! Eine Unverschämtheit ist das!)

Eine solche Technikgläubigkeit ist wirklich nicht zu verstehen.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Ich wiederhole: Diese Landesregierung erklärt den Menschen, Kernschmelze ist technisch sicher zu beherrschen. Das ist unglaublich! Das ist bewusste Volksverdummung! Das ist an Verantwortungslosigkeit nicht mehr zu überbieten!

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herr Meyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dürr?

Rolf Meyer (SPD):

So viel Zeit habe ich ja leider nicht mehr.

(Zuruf von der CDU: Er traut sich nicht!)

In der Antwort des Ministers finden sich so viele vermeintliche Befürworter und so viele Argumente für die Kernenergienutzung, dass sich sofort die Frage stellt: Was will er eigentlich mit dieser Befürwortung erreichen? Will er vielleicht nicht nur die Laufzeiten verändern, sondern will er vielleicht auch neue Kernkraftwerke bauen?

Das fragt man sich angesichts der Antwort, die wir vorhin gehört haben, aber man kann Antworten auch auf der Homepage der CDU-Landtagsfraktion finden. Über das Basisinformationsportal auf dieser Homepage kommt man nach ein paar Klicks sehr schnell auf die Seite des Deutschen Atomforums; andere Konkurrenten oder kritische Stimmen werden da natürlich gar nicht genannt. Auf der Seite des Atomforums kommt man nach zwei weiteren Klicks zu einer Rede des Präsidenten Dr. Hohlfelder, in der es heißt:

„Ja, die Kernkraftwerksbetreiber sind grundsätzlich einverstanden, einen politischen Preis für die Laufzeitverlängerung zu zahlen. Ab dem 27. September, 18.00 Uhr,“

(Aha! bei der SPD)

„sind wir bereit, unsere Vorschläge auf den Tisch zu legen und mit den Entscheidungsträgern zu verhandeln.“

So Herr Dr. Hohlefeld, Deutsches Atomforum! Wen der wohl meint? Wessen Gehilfe wollen Sie eigentlich sein?

(Hört, hört! bei der SPD)

Es heißt dann weiter - ich zitiere noch einmal Herrn Dr. Hohlefelder -:

„Wir hatten in den 70er- und 80er-Jahren ein politisch gewolltes enges Zusammenspiel, eine Allianz zwischen heimischer Kohle und Kernenergie.“

Ja, danke schön, Herr Dr. Hohlefeld. Wir wissen, was Sie damit meinen. Wir wissen auch, was Sie für die Zukunft damit meinen. Das ist nicht mehr und nicht weniger als ein politischer Erpressungsversuch. So muss man das doch wohl benennen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dem Präsidenten des Deutschen Atomforums geht es auch nicht um die Verbraucher oder die Umwelt. Es geht ihm schlicht um die Gewinninteressen seiner Unternehmen. Man will Profite machen und nichts anderes.

Ich spreche das deshalb an, weil natürlich eine Addition von Kohlestrom und Atomstrom eine wichtige Grundlage für eine Entscheidung über die zukünftige Energiepolitik in Niedersachsen ist. Wer heute die Küste mit Kohlekraftwerken zupflastert und außerdem die Laufzeiten für Atomkraftwerke verlängern oder gar neue Atomkraftwerke bauen will, der verstopft die Netze mit diesem Strom. Der sorgt dafür, dass regenerative Energien überhaupt keine Chance mehr haben. Das ist schon jetzt ein Problem, Herr Dürr, und das wird zukünftig erst recht ein Problem.

(Beifall bei der SPD)

Für uns Sozialdemokraten muss ganz deutlich das Motto gelten: Niedersachsen soll weder die Atom-

müllkippe noch der Kohlebunker Deutschlands werden.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe den Eindruck, dass Wind, Sonne, Wasser und nachwachsende Rohstoffe in Ihrem Denken nur eine begleitende Rolle spielen - irgendwie nicht vermeidbar, schaden nicht wirklich, so schön ökologisch. Das ist wirklich zu wenig. Wenn ich die Basis für die gesamte Energieversorgung nicht richtig organisiere, bleibt für die neuen Technologien kein Platz mehr. Was Herr Sander vorhin zur Glühbirne erzählt hat, ist schlicht lächerlich. Das wollen ja nicht einmal seine FDP-Oberen in Berlin.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich komme jetzt auf die Antworten zurück, in denen zu Details auch viele gute Zahlen enthalten sind. In der Frage 63 geht es beispielsweise um die Potenziale der Direkteinspeisung von Biogas. Toll! Es steht dort auch ein richtiger Satz, aber an keiner einzigen Stelle steht, was Sie als Landesregierung für die Förderung der Direkteinspeisung von Biogas tun wollen. Sie haben keine Potenzialanalyse, Sie wollen auch keine erstellen. Das heißt, Sie sind nicht in der Lage, entsprechende Vorbereitungen zu treffen.

Sie loben die Geothermie und schreiben, es ist toll, dass in Österreich, in der Schweiz und in Schweden in bis zu 90 % der Neubauten solche Geothermieanlagen betrieben werden. Das ist schön. Aber sagen Sie doch bitte, wie so etwas in Niedersachsen zu organisieren ist, damit auch wir das hinbekommen. Wir können doch gar nicht darauf verzichten.

(Beifall bei der SPD)

Sie beschreiben lediglich eine Situation und sind nicht in der Lage, eine Antwort zu liefern oder gar etwas aufzubauen.

Unsere Fraktion hat sich im April in Spanien das Abengoa-Solkraftwerk angesehen. Da findet Technologie von morgen statt.

(Martin Bäumer [CDU]: Herr Meyer, wie warm ist es denn in Spanien?)

In Ihrer Antwort findet sich lediglich eine lächerlich kurze Passage zum Thema Solarenergie. Man muss sie schon rot markieren, damit man sie überhaupt sieht.

(Beifall bei der SPD)

Das zieht sich durch Ihre ganze Antwort. Leider habe ich nicht die Zeit, im Detail auf weitere Punkte einzugehen. Ich fasse es in drei Punkten kurz zusammen: Die Fehler in der Atompolitik, die Kohl, Albrecht, Merkel und Sander begangen haben, wollen Sie offenkundig weiter vertuschen. Dazu werden Sie jedenfalls unsere Zustimmung nicht bekommen.

Es ist deutlich geworden, dass Sie weiterhin die unverantwortbare Atomenergie befürworten. Auch dafür können wir natürlich nicht sein. Sie behindern damit zwangsläufig die Förderung der erneuerbaren Energien. CDU und FDP sabotieren auf diese Art und Weise den Erfolg des Energieeinspeisegesetzes. Das haben sie vielleicht noch nicht einmal gemerkt.

Diese Landesregierung hat kein zukunftsorientiertes Energiekonzept. Sie bleiben energiepolitisch im Mittelalter.

Danke schön.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Nun hat sich Frau Kollegin Bertholdes-Sandrock von der CDU-Fraktion zu Wort gemeldet. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Karin Bertholdes-Sandrock (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Es ist auch heute Morgen ganz offenkundig geworden: Insbesondere in den letzten Tagen tobt der Kampf gegen Gorleben. Der Bundesumweltminister schaltet sich persönlich täglich ein und zieht alle Register.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Sehr gut!)

Man fragt sich, ob das kurz vor der Bundestagswahl ein Zufall ist. Ganz toll finde ich aber die Tatsache, dass Herr Gabriel für den Fall, dass jemand daraus seine eigenen Schlussfolgerungen ziehen will, sogar sagt, was wir denken müssen, nämlich: Gorleben ist tot! - Ich sage Ihnen dazu eins: Solche Totenscheine werden nicht einmal vor der Bundestagswahl ausgestellt.

(Beifall bei der CDU)

Nun zu dem SPD-Antrag: Sie stellen zutreffend fest: Für ein Endlager zeichnet sich bislang keine Lösung ab. - Ich frage mich aber, wer denn daran schuld ist. Sie sind nicht ganz unbeteiligt. Wer mit dem Hinweis auf fehlende Endlagerung permanent

die Nutzung der Kernenergie bekämpft und gleichzeitig, z. B. auch mit einem nicht genutzten Moratorium, dafür sorgt, dass es kein Endlager gibt, der heuchelt. Da beißt die Maus keinen Faden ab!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Übrigens scheint mir ebenso scheinheilig die Beateuerung des Bundesumweltministers - heute in der HAZ zu lesen - zu sein, er habe schon vor drei Jahren angeboten, Gorleben weiter zu erkunden. - Mein Gott, wer hat das Angebot bloß abgelehnt?

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Ihre Leute in Berlin!)

Das aber sei nun nicht mehr möglich, weil „die Menschen vor Ort den Eindruck haben, sie würden hinters Licht geführt“. Ich habe leider nicht so viel Zeit, jetzt zu untersuchen, wer da eigentlich wen hinters Licht führt. Jedenfalls kommt mir die ganze Chose von Gabriel vor wie die von jemandem, der ein Haus ansteckt und dann schreit: Huch, nun brennt's!

Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie sprechen die Demonstrationen bei den Castortransporten an und formulieren in Ihrem Antrag einen recht anständigen Satz, von dem ich mir wünschte, dass Sie ihn dort mal sagten. Sie formulieren:

„In den Vordergrund ... muss die Akzeptanz ... für einen Endlagerstandort gestellt werden.“

Dann gehen wir zusammen dahin und reden mit den Leuten. Einen solchen Konsens bräuchten wir.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Wie war denn das bei Herrn Söder?)

Sie wollen nun eine Standortsuche ohne Standortvorentcheidung. Gorleben ist für uns keine Vorentscheidung, aber es ist ein Standort, an dem man nach zwanzigjähriger wissenschaftlicher Erfahrung - das Moratorium nicht mitgerechnet - immer noch keine handfesten Sachen hat, die gegen die Eignung sprechen.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Aber auch nichts dafür! - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Das ist Quatsch, Frau Bertholdes!)

- Eben! Auch nichts dafür! Deshalb müssen wir weitermachen, Frau Kollegin Flauger.

(Beifall bei der CDU)

Das, was der Kollege Herzog hier heute vorbringt, sind doch uralte Klamotten. Sie beziehen sich auf 1979 bis 1981.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Und den Mann beauftragen die Linken jetzt auch noch mit einem neuen Gutachten, obwohl da noch nicht einmal die untertägigen Erkundungen begonnen hatten. Kollege Herzog, ganz so blöde sind diejenigen, die hier im Saale sitzen, nicht. Überlegen Sie sich etwas Neues!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Kreszentia Flauger [LINKE]: Erst einmal lesen!)

Weil die Dinge genau so sind, wie Sie, Frau Flauger, es sagen - nichts spricht dafür und nichts dagegen; es ist bis jetzt nichts gegen die Eignung vorzubringen -, fordern wir - Sie werden es mir vielleicht nicht abnehmen, auch wenn ich es emotionslos sage - die Weitererkundung von Gorleben.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Und sonst nichts!)

Wenn es nicht geeignet ist, kommt es vom Tisch. Genau dann setzt die Verantwortung der anderen Bundesländer ein, die Sie, Kolleginnen und Kollegen von der SPD, fordern. Dann ist der Anteil Niedersachsens zum Thema Endlagerung meines Erachtens auch beendet.

Wir wollen eine verantwortbare, weil auf Dauer auf Sicherheit angelegte Endlagerpolitik mit einem transparenten Verfahren und einer breiten öffentlichen Beteiligung. Wir wollen kein deutsches oder gar niedersächsisches Gewurstel oder CDU-Attitüden, die Sie uns immer unterstellen, sondern wir wollen, dass alle wissenschaftlichen Ergebnisse - Herr Herzog, bringen Sie die ganzen Klamotten mit, und ich werde dafür sorgen, dass auch sie auf den Tisch kommen - unter internationaler wissenschaftlicher Begutachtung und unter der Aufsicht der IAEO untersucht werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Davor fürchten wir uns nicht, und ich hoffe, Sie auch nicht.

Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie wollen einen Standortvergleich. Wenn er etwas brächte, könnten wir uns darauf einigen. Aber wenn Sie das machen, werden Sie bei Ihrer Entscheidung nie den Ruch los, Sie hätten Äpfel mit Birnen verglichen. Sie wollen den bestmöglichen Standort finden. Was heißt denn das? Könnte sich denn nicht

zehn Jahre nach einer Entscheidung ein Standort aufdrängen, der vielleicht noch besser zu sein scheint?

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Deswegen, nur deswegen - nicht weil wir so sehr an Gorleben hängen, sondern weil wir das Ganze für nicht zielführend halten - lehnen wir eine neue Standortsuche und auch einen Standortvergleich ab. Weil das nicht zielführend ist, vertreten Sie es ja so vehement.

(Stefan Wenzel [GRÜNE]: Ich würde den Kopf in den Sand stecken!)

Im Übrigen reicht auch der Hinweis auf andere Länder, die ihre Endlagersuchprozesse gestaltet haben, nicht. Insbesondere das Endlagersymposium in Berlin, das Sie sonst so gerne zitieren, hat gezeigt, dass jedes einzelne Land den Endlagerprozess ganz individuell nach seinen historisch gewachsenen rechtlichen und politisch-gesellschaftlichen Rahmenbedingungen gestaltet.

Doch nun, fünf Wochen vor der Bundestagswahl, wird von der SPD und vom Bundesumweltminister noch ein Register gezogen, nämlich die alten Verträge mit den Grundeigentümern, die über 30 Jahre die Erkundung um Gorleben ermöglichten und die nun, in fünf Jahren, auslaufen. Ich sage es Ihnen gleich: Das schreckt uns null.

(Petra Emmerich-Kopatsch [SPD]:
Das glaube ich! - Kreszentia Flauger [LINKE]: Sie schreckt gar nichts!)

- Mit Erschrockenheit und Angst macht man keine gute Politik.

Wir gehen davon aus, dass wir drei bis fünf Jahre nach Aufhebung des Moratoriums zumindest richtungweisende Ergebnisse haben werden, die uns dann Antworten darauf geben, ob wir weitermachen oder nicht. Außerdem war vor drei Tagen in der *Elbe-Jeetzel-Zeitung* zu lesen - das fand ich ganz toll -, dass das Bundesamt für Strahlenschutz selbst schon gesagt hat, man werde sich - Zitat - „zu gegebener Zeit“ - das hat mich mächtig beeindruckt - um eine Verlängerung der Verträge bemühen. Es stimmt gar nicht, dass wir keine Grundlage zum Weitermachen haben. Die Ersten haben schon gesagt, dass sie im Falle der nötigen Verlängerung diese mittragen.

Ich schließe meine Ausführungen, indem ich an den Beitrag meines Kollegen Martin Bäumer anknüpfe: Wir haben uns in Niedersachsen mit Erfolg um eine nachhaltige Energiepolitik bemüht. Es ist

nicht leicht, Energiepolitik zu gestalten. Wir wollen auf dem schwierigsten Feld - das zeigen Ihre netten Bekundungen mir gegenüber immer wieder -, nämlich der Endlagerung in Deutschland, das seinen eigenen Weg zu gehen hat und niemanden kopieren wird, eine geordnete Endlagersuche. Diese Suche beginnen wir mit der Weitererkundung von Gorleben, und dann sehen wir weiter.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Danke schön, Frau Bertholdes-Sandrock. - Es liegen mir drei Wortmeldungen für Kurzinterventionen vor. Herr Herzog, Sie haben als Erster das Wort für die Fraktion DIE LINKE. Sie haben anderthalb Minuten.

Kurt Herzog (LINKE):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Bertholdes-Sandrock, Sie nehmen offensichtlich nach wie vor nicht zur Kenntnis, wie es andere Länder machen. Sie nehmen nicht zur Kenntnis, dass sich beispielsweise ausgerechnet die Schweiz auf den Prozess des AkEnd regelrecht beruft und dass in anderen Ländern vergleichende Suchen erfolgen und nur Deutschland davon abweicht. Das ist eine ganz klare Geschichte. Ich teile Ihre Meinung, dass die Verträge mit den Grundstückseigentümern dem NMU und dem BfS längst hätten bekannt sein müssen und nicht erst jetzt vom Himmel fallen. Das aber ist die Frage, die an die Behörden zu richten ist.

Jetzt will ich Ihnen noch etwas zur Geschichte mit der PTB, zur Fälschung, die Sie eben bestritten haben, vorlesen. Am 5. Mai 1983 wurde Folgendes vorgelegt: Die PTB führte 1983 aus:

„dass die über die in zentralen Bereichen des Salzstocks Gorleben vorkommenden tonigen Sedimente keine solche Mächtigkeit und durchgehende Verbreitung haben, dass sie in der Lage wären, Kontaminationen auf Dauer von der Biosphäre zurückzuhalten.“

Und weiter:

„Laut Gutachten muss damit gerechnet werden, dass Schadstoffe bereits nach 600 bzw. 1 100 Jahren in den

untersten Grundwasserleiter eintreten können.“

All diese Passagen wurden schlichtweg umgeschrieben. Folgender Satz wurde stattdessen eingefügt:

„Die bisherigen Erkenntnisse über den Salzstock haben die Aussagen über seine Eignungshöflichkeit für die Endlagerung der vorgesehenen radioaktiven Abfälle voll bestätigt.“

Meine Damen und Herren, Frau Bertholdes-Sandrock - - -

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Jetzt sind die anderthalb Minuten um, sie sind vollständig ausgeschöpft. Eine Verlängerung der Redezeit ist nicht möglich.

Das Wort zu einer weiteren Kurzintervention erteile ich für anderthalb Minuten Frau Kollegin Emmerich-Kopatsch von der SPD-Fraktion.

(Karin Bertholdes-Sandrock [CDU]:
Ich möchte darauf antworten!)

- Frau Bertholdes-Sandrock, in unserer Geschäftsordnung ist vorgesehen, dass die Fraktionen Möglichkeiten zu Kurzinterventionen haben. Wenn sich Vertreter aus drei Fraktionen zu einer Kurzintervention melden, rufe ich zunächst die Vertreter der drei Fraktionen auf. Sie haben dann anschließend anderthalb Minuten Zeit, auf alle drei zu antworten.

Aber jetzt hat Frau Kollegin Emmerich-Kopatsch das Wort. Sie haben anderthalb Minuten.

Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Frau Präsidentin, vielen Dank. - Frau Bertholdes-Sandrock, selten habe ich solche schlimmen Äußerungen gehört, wie heute mal wieder von Ihnen.

(Zustimmung bei der SPD)

Wenn Sie meinen, es gab keinen Zweifel an Gorleben, dann rate ich Ihnen, die Beantwortung der Großen Anfrage durch Herrn Minister Hirche im September 1987 zu lesen. Auf die Frage 4, die ich jetzt nicht ausführen möchte, antwortet er:

„Es ist nicht auszuschließen, dass die Temperaturanomalien durch fließendes Wasser hervorgerufen wurden. Qualität und Herkunft des Wassers sind noch ungeklärt. Die Landesregierung sieht vor einer abschließenden Klärung von einer Äußerung hier ab.“

Das war Hirche 1987 zur Sicherheit in Gorleben. Vielleicht befassen Sie sich einmal damit.

(Beifall bei der SPD)

Was Sie und Herrn Sander umtreibt, ist doch etwas ganz anderes; das geht doch aus der Antwort der Landesregierung zu Energiefragen hervor.

(Björn Thümler [CDU]: Immer schön zu Ende machen, das gehört dazu, Frau Emmerich-Kopatsch! - Karin Bertholdes-Sandrock [CDU]: Sie müssen doch nicht so schreien! - Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

Sie schreiben zur Standortsuche unter Einbeziehung alternativer Wirtsgesteine, diese „würde nach Auffassung der Landesregierung zu einer zusätzlichen erheblichen Zeitverzögerung und“, jetzt kommt es, „zu volkswirtschaftlichen Mehrkosten in Milliardenhöhe führen.“

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das ist die Höhe!)

Das ist doch genau das, was Sie nicht wollen! Sie wollen da kein Geld mehr reinstecken. Sie sagen: Das haben wir verbuddelt, jetzt Augen zu und durch. - Sie nehmen die Gefährdung der Menschen bewusst in Kauf.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Björn Thümler [CDU]: Das ist unerhört! Das ist auch unwahr! - Heinz Rolfes [CDU]: Unverschämtheit!)

Sie sollten Ihr eigenes Moratorium beenden. Beenden Sie Ihr Moratorium! Benutzen Sie Ihre Gehirne wieder! Das scheint ja nicht mehr der Fall gewesen zu sein.

Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Wolfgang Jüttner [SPD]: Wenn Herr Hirche jetzt da wäre, dann würde er Ihnen aber die Leviten lesen! - Gegenruf von Björn Thümler [CDU]: Oder Ihnen!)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Herzlichen Dank. - Eine weitere Kurzintervention kommt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Anderthalb Minuten für Frau Kollegin Staudte. Bitte schön!

Miriam Staudte (GRÜNE):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Frau Bertholdes-Sandrock, ich frage mich wirklich: Wie erkenntnis-resistent muss man eigentlich sein, um solche Aussagen von sich zu geben, wie Sie es gerade eben gemacht haben?

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Sie sagen, es gäbe keine handfesten Erkenntnisse, was den Standort Gorleben betrifft. Ich möchte Ihnen einmal etwas aus einem Gutachten von Professor Dr. Duphorn vorlesen, den Herr Herzog schon erwähnt hat. Herr Duphorn ist Geologe und hat von 1979 bis 1981 im Auftrag der PTB die Probebohrungen in Gorleben durchgeführt. Er ist übrigens kein ausgewiesener Atomkraftgegner. Er sagt:

„Man kann nicht weiter für einen Salzstock plädieren, der in den letzten 800 000 Jahren mit einer rekordverdächtigen Dynamik zweimal eskalierte. Wir können nicht für einen Salzstock plädieren, der in den letzten 800 000 Jahren einmal und ein anderes Mal fast ganz bis zur Erdoberfläche durchgebrochen ist. Wir können nicht für einen Salzstock plädieren, der in den letzten 800 000 Jahren mindestens 4 km³ durch Ablagerungsverluste verloren hat. Wir können nicht für einen Salzstock plädieren, dessen höchste Ablagerungsgeschwindigkeit mit 1,9 mm pro Jahr erst vor 200 000 Jahren erreicht wurde. Wir können nicht für einen Salzstock plädieren, der bis auf 133 m an die Erdoberfläche heranragt.“

So geht das noch mehrere Seiten lang weiter. Sie sind die Abgeordnete der Region, Sie müssten eigentlich die Interessen der Region vertreten. Aber Sie sind die Totengräberin der Region.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Frau Kollegin Bertholdes-Sandrock, Sie haben für anderthalb Minuten das Wort.

Karin Bertholdes-Sandrock (CDU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte gerne - wenn auch nicht ganz so schreiend

wie die Kollegin Emmerich-Kopatsch - auf die Argumente eingehen.

(Zustimmung bei der CDU - Oh! bei der SPD)

Zur Frage des Auswahlprozesses in anderen Ländern: Ist Ihnen eigentlich einmal aufgefallen, dass immer nur das Beispiel Schweiz genannt wird, aber niemand sagt, wie das da abgelaufen ist?

(Kurt Herzog [LINKE]: Wenn wir mehr Zeit hätten, würde ich Ihnen das erklären!)

Das, was man an der Schweiz offensichtlich so schätzt, ist - und das wünscht man sich auch für Gorleben -, dass sie 2002 nach Protesten einen Standort - ich glaube, er heißt Wellenberg - verworfen hat. Ich denke, darauf wollen Sie hinaus. Aber schauen Sie sich auch einmal die nächsten Schritte an, die echt schweiztypisch sind.

In Finnland wurden hauptsächlich sozioökonomische Kriterien zugrunde gelegt. Ich möchte gerne wissen, was Sie sagen würden, wenn wir das in Deutschland so machen würden. Im vorbildlichen Land Schweden waren es in erster Linie Akzeptanzkriterien.

Über eines sind wir uns doch wohl einig, Kolleginnen und Kollegen aller Fraktionen in diesem Hause: Wir werden die Sicherheit in den Mittelpunkt stellen.

(Zustimmung bei der CDU und der FDP - Lachen bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN - Helge Limburg [GRÜNE]: Wie bei Krümmel! - Kreszentia Flauger [LINKE]: Wir schon, aber was ist mit Ihnen? - Wolfgang Jüttner [SPD]: Das ist wohl ein Scherz!)

Ich habe aus dem Antrag der SPD-Fraktion zitiert und bin erstaunt, dass Sie Ihre eigene Formulierung verlachen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Glocke der Präsidentin)

- Mich wundert das.

Zur Frage: kein Geld mehr - - -

Vizepräsidentin Astrid Vockert:

Ich kann nachvollziehen, dass jeder seine Argumente weiter ausführen möchte. Aber das Problem besteht darin, dass die anderthalb Minuten Rede-

zeit für die Antwort auf die Kurzinterventionen jetzt vorbei sind.

(Zustimmung bei der SPD)

Jetzt hat sich der Kollege Miesner von der CDU-Fraktion zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort gemeldet. Sie haben noch eine Restredezeit von 2:57 Minuten.

Axel Miesner (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich denke, wir sollten ein bisschen zur Sachlichkeit beitragen.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP - Kreszentia Flauger [LINKE]: Dann setzen Sie sich gleich mal wieder! - Zuruf von Detlef Tanke [SPD])

Heute Morgen war das schon fast wieder eine Sitzung nur mit Parolen, Angriffen und persönlichen Unterstellungen. Auf der Tagesordnung, Herr Tanke, steht aber „Besprechung“ und nicht „Klammauk“.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Politik, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat die Aufgabe, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Energieversorgung preisgünstig ist und rund um die Uhr sichergestellt wird. Mit einer zuverlässigen, permanent verfügbaren und auch bezahlbaren Energieversorgung erhalten wir in Niedersachsen den sozialen Frieden, sichern Arbeitsplätze und erhalten damit auch Wohlstand für alle in Deutschland.

(Vizepräsident Dieter Möhrmann übernimmt den Vorsitz)

Wir wollen einen Mix aller verfügbaren Energieträger, d. h. keinen Ausschluss einer Energieform aus ideologischen Gründen, wie das heute Vormittag wieder von den Linksparteien gefordert wurde.

(Zustimmung bei der CDU)

Ein Industriestandort wie Deutschland und auch wie Niedersachsen braucht eine stabile, verlässliche und bezahlbare Energieversorgung - und das nach Möglichkeit CO₂-frei.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die erneuerbaren Energien sind in Niedersachsen ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Niedersachsen ist in Deutschland Biogasland Nummer eins und auch Windenergieland Nummer eins. Das schafft Arbeitsplätze und Wirtschaft vor Ort - gerade auch im ländlichen Raum. 25 % der gesamten elektrischen

Leistung von Biogasanlagen in Deutschland sind in Niedersachsen installiert. Bei uns sind durch 700 Anlagen ca. 700 direkte Arbeitsplätze entstanden. Dazu kommt eine mindestens ähnliche Größenordnung im vor- und nachgelagerten Bereich. Im Rahmen dieser Entwicklung wurden in den letzten fünf Jahren ca. 800 Millionen Euro investiert. Bei uns in Niedersachsen hat sich eine starke Biogasindustrie etabliert. Damit sind im ländlichen Raum weitere 1 500 Arbeitsplätze entstanden.

Auch bei der Windenergie beträgt die installierte Leistung 25 % der gesamten Leistung in Deutschland. Besonders die Offshorewindenergienutzung hat sich zu einem Musterbeispiel sinnvoller CO₂-freier Stromerzeugung entwickelt. Aber, Herr Kollege Herzog, Windkraft ist nicht zu 100 % verfügbar und damit auch nicht, wie die Kernkraft und die Kohlekraft, grundlastfähig. Das sollten Sie eigentlich wissen. Sie haben wie ich Elektrotechnik studiert.

(Beifall bei der CDU)

Bis zum Jahr 2030 wird diese Art der Windkrafterzeugung im Land eine Gesamtinvestition von mehr als 40 Milliarden Euro auslösen. Die Offshorebassishäfen Cuxhaven und Emden profitieren von dem Innovationspotenzial. Dieses schafft weitere qualifizierte Arbeitsplätze im Küstenraum von heute ca. 2 000 bis zu mehr als 10 000 Arbeitsplätzen im Jahr 2030. Das sind Arbeitsplätze, die Menschen in Lohn und Brot bringen und zu einem Wachstumsmotor werden.

Die weltweit steigende Nachfrage nach Windenergie-technologie ist gerade für Niedersachsen ein Motor für mehr Arbeitsplätze und damit für mehr Wachstum in einem technologisch interessanten Bereich. Das schafft vor allem auch sichere Arbeitsplätze.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer Energie erzeugen will bzw. sie umwandeln will, und das auf einem technologisch hohen Niveau - denn nur diese Technik können wir exportieren -, der kommt an Forschung und Entwicklung nicht vorbei. Ich nenne hier Forschungsprojekte zu Energiequellen, Fragen der Netzintegration und zur zukünftigen Netzstruktur, zu Batterietechnik und zu Speichertechnologien der Zukunft. Das sind Fragen, die heute in der Forschung aufgenommen werden müssen, um künftig noch besser, noch effizienter Energie zu wandeln, um wegkommen von fossilen Kraftwerken, aber langfristig auch wegzukommen von der heutigen Brücktechnologie der Kernkraft.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen!

Axel Miesner (CDU):

Einen Appell möchte ich noch an alle richten: dass wir gemeinsam daran arbeiten, dass die Energie in Niedersachsen auch in Zukunft umweltverträglich und preisgünstig auf einem hohen technologischen Niveau erzeugt wird und damit rund um die Uhr zur Verfügung steht. Nur damit ist die Versorgungssicherheit für uns in Niedersachsen gewährleistet.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, zu einer Kurzintervention hat sich Herr Kollege Herzog gemeldet.

Kurt Herzog (LINKE):

Herr Miesner, ich empfehle Ihnen, den Ghostwriter zu wechseln. Das, was Sie hier abgeliefert haben, war ein deutliches Beispiel dafür, dass Sie überhaupt keine Ahnung von moderner Energiewirtschaft haben.

(Beifall bei der LINKEN - Widerspruch bei der CDU)

Ich will Ihnen sagen, warum. Es geht nämlich bei den erneuerbaren Energien um die intelligente Zusammenschaltung in Form von

(Zuruf von der CDU)

- hören Sie zu! - Kombikraftwerken. Kombikraftwerke sind genau das: das intelligente Zusammenbringen. Das brauchen wir flächendeckend.

Nun erkläre ich Ihnen einmal etwas. Die Fürsprecherin - - -

(Unruhe bei der CDU)

- Nun hören Sie doch einmal zu!

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, der Kollege hat nur 90 Sekunden Redezeit. Lassen Sie ihn doch bitte das sagen, was er sagen möchte. - Bitte!

Kurt Herzog (LINKE):

Die prominenteste Fürsprecherin, meine Damen und Herren von der CDU, ist Ihre Bundeskanzlerin. Sie hat bei der Grundsteinlegung für ein Kombikraftwerk in der Uckermark folgendes gesagt:

„Wir sind auf dem besten Weg, die Windkraft grundlastfähig zu machen. Es ist deshalb wichtig, dass staatliche Förderung mit Innovationsgeist zusammengeht.“

Das bedeutet, es sollte auch ein Kombi-Bonus in das Erneuerbare-Energien-Gesetz eingeführt werden. Wer hat das verhindert? Der Wirtschaftsflügel der CDU im Bundestag. Er ist damit der eigenen Bundeskanzlerin in den Rücken gefallen und hat ihre Rede bei der Grundsteinlegung zur Sonntagsrede verkommen lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, es gibt jetzt die Möglichkeit der Gegenrede. - Wortmeldungen dazu sehe ich nicht. Dann hat jetzt Herr Dürr von der FDP das Wort.

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hiermit einen umfangreichen Tagesordnungspunkt. Ich möchte zunächst zur Großen Anfrage der Regierungsfractionen sprechen. Danach komme ich zu dem beliebten Thema Atompolitik der Oppositionsfractionen.

Zunächst mein herzlicher Dank an die Landesregierung und an das Niedersächsische Ministerium für Umwelt und Klimaschutz für die Beantwortung der Großen Anfrage. Sie gibt einen sehr guten Überblick über das Thema Energiepolitik in Niedersachsen und in Deutschland. Sie zeigt vor allem, dass wir im Hinblick auf den Klimaschutz in Niedersachsen die Nase vorn haben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Mit einem 25-%-Anteil der Windkraft am Strommix sind wir die Nummer eins in Deutschland.

(Zuruf von Helge Limburg [GRÜNE])

- Sie müssen sich die Zahlen angucken, Herr Kollege Limburg; erst dann kann man ordentlich mitreden.

(Beifall bei der CDU)

Auch bei den anderen erneuerbaren Energien nimmt Niedersachsen Spitzenplätze ein.

Ich finde es richtig, dass sich das Land vor allem auf die Innovationsförderung konzentriert. 30 Millionen Euro stehen in den Jahren 2009 bis 2013 hierfür zur Verfügung. Das Ziel ist es, nicht die

Anwendung zu subventionieren, sondern die Innovation zu unterstützen. Es wäre wünschenswert, wenn der Bund ebenso seine Schwerpunkte an dieser Stelle setzen würde.

(Zustimmung von Jörg Bode [FDP])

Stattdessen lässt sich der Bund leider lieber die Stromkunden über den Strompreis seine Energiepolitik bezahlen. Ich will Ihnen das deutlich machen, was das Thema Strompreis betrifft. Ich glaube, das ist in der Debatte bisher zu kurz gekommen.

Von Roten und Grünen wird oftmals gesagt, dass der Strompreis seit der Liberalisierung im Jahr 1998 massiv gestiegen sei. Die Wahrheit ist, dass der Bruttostrompreis, also mit Steuern und Abgaben, für die Haushalte von 1998 bis 2007 tatsächlich von 17,11 Cent auf 20,64 Cent gestiegen ist. Der Nettostrompreis, also ohne Steuern und Abgaben, ohne EEG, ohne Kraft-Wärme-Kopplung und Ähnliches, ist hingegen von 12,91 Cent im Jahr 1998 auf 12,23 Cent im Jahr 2007 sogar gesunken.

Das heißt, der Wettbewerb hat funktioniert. Das Einzige, was die rot-grüne Bundesregierung gemacht hat: Sie hat den Strompreis durch Steuern und Abgaben von 4,2 Cent im Jahr 1998 auf mehr als 8,4 Cent im Jahr 2007 massiv nach oben getrieben und damit die Haushalte und die Industrie in Deutschland belastet. Meine Damen und Herren, das ist Ihre Verantwortung und nicht unsere. Wir haben richtigerweise Wettbewerbspolitik betrieben.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Der Staat ist hier also Preistreiber Nummer eins.

Was Wettbewerbsprobleme betrifft: In Frankreich beispielsweise ist der Industriestrom nur gut halb so teuer wie in Deutschland. Der CO₂-Ausstoß pro Kopf ist interessanterweise - wenn wir über Klimaschutz reden - in Frankreich nur halb so hoch wie in Deutschland. Insofern sollten wir unsere Energiepolitik und unsere Klimaschutzpolitik ein wenig anpassen.

Ich bin der Landesregierung dankbar - insbesondere weil die Strompreise in Deutschland sehr hoch sind -, dass sie das Ziel unterstützt, die Einnahmen aus der Versteigerung von CO₂-Zertifikaten für eine Senkung der Stromsteuer zu verwenden. Das, meine Damen und Herren, ist richtig. Wir wollen Klimaschutz, aber wir brauchen in Deutschland bezahlbare Energie, damit es ge-

rade vor dem Hintergrund der Krise ein sicherer Industriestandort ist, auch für die Zukunft.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Herzog, weil Sie es angesprochen haben, will ich noch etwas zum Thema Stromlücke ab dem Jahr 2012 sagen. Niemand auf dieser Seite des Hauses behauptet, dass dann in Deutschland die Lichter ausgehen werden. Das wird nicht passieren. Ich habe gerade etwas über das Thema Strompreise gesagt, meine Damen und Herren. Das, was passieren wird, ist, dass der Strom, weil wir weniger Strom in Deutschland am Markt haben, schlicht und einfach teurer wird. Das heißt, Ihre Politik führt geradewegs dazu, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland zwar nicht mehr Klimaschutz bekommen, aber höhere Strompreise. Auch das muss vor dem 27. September gesagt werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wir müssen insgesamt bei der Energiepolitik anpassen, insbesondere vor dem Hintergrund künftiger Novellierungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, dass wir nicht in eine Subventionsendlosschleife kommen.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Bei Atomenergie haben Sie keine Probleme mit der Subventionierung!)

Wir wollen die erneuerbaren Energien. Das sind innovative Branchen, das sind auch Jobmotoren, Frau Kollegin Flauger, meine Damen und Herren. Aber wir brauchen diese Jobs im Wettbewerb. Sie müssen am Ende im nationalen und internationalen Wettbewerb bestehen. Dafür brauchen wir marktwirtschaftliche Instrumente.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN)

Ich will noch auf die Debatte um die Atompolitik in Deutschland und insbesondere die Frage eines nationalen Endlagerkonzepts zu sprechen kommen. Ich finde es schon interessant, wie das zurzeit läuft. Da stellt sich Herr Gabriel hin und sagt, die alte schwarz-gelbe Bundesregierung von CDU und FDP in den 80er-Jahren unter Helmut Kohl habe damals nur für die Erkundung Verträge mit den Grundeigentümern geschlossen, nicht aber für die Errichtung des Endlagers. Aus meiner Sicht ist genau dieser Vorwurf gerade nicht nachvollziehbar. Es war richtig, die Verträge nur für die Erkundung abzuschließen, weil wir nur damit belegen

können, das wir ergebnisoffen an das Thema Gorbleben herangehen, meine Damen und Herren. Da wissen wir erst einmal, wes Geistes Kind dieser Minister ist.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich finde es schon merkwürdig, wie sich insbesondere Frau Kollegin Schröder-Ehlers und Herr Kollege Meyer für die Sozialdemokraten in diesem Haus zum Thema Schachanlage Asse II einlassen. Ich fand die Vernehmung des Zeugen Schubert vor drei Wochen im Untersuchungsausschuss sehr interessant. Herr Schubert hat gesagt: Das Jahr 1971 hat bei der Asse die eigentliche Wende gebracht. Da ist man von der Langzeiteinlagerung in der Asse zur Dauereinlagerung übergegangen. - Meine Damen und Herren, regiert in Bund und Land hat 1971 die Sozialdemokratie. Auch das muss die Öffentlichkeit wissen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege Dürr, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Herzog?

Christian Dürr (FDP):

Nein. Ich bin fast am Ende meiner Redezeit. Ich werde gleich aber gerne auf die Kurzintervention des Kollegen antworten.

Ich will noch zu dem kommen, was Herr Wenzel hier gesagt hat. Herr Wenzel, Sie tun gerade so, als ob Grüne in Bund und Land nie regiert und nie Verantwortung getragen hätten. - Meine sehr verehrten Damen und Herren, es war dieser Landesminister, der sich zu rot-grünen Zeiten wegen der Asse an die Bundesregierung - an Frau Bulmahn und Herrn Trittin - gewandt hat. Er ist in Berlin abgeblitzt. Sie haben regiert, Herr Wenzel, und nicht wir.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Zum Schluss, Herr Kollege Wenzel, wo ich gerade bei Ihnen bin, will ich noch etwas zu Ihrer Energiepolitik sagen, auch weil Sie sie in die Mitte Ihres Bundestagswahlkampfes stellen. Von Ihrer Lobby werden Windparks derzeit beklagt. Ich denke an Nordergründe, offshore; ich denke an Borkum Riffgat, offshore.

(Lachen von Stefan Wenzel [GRÜNE])

Ich denke an die Onshorewindparks in Niedersachsen, wo es auch Klagen beispielsweise vom

BUND, von Ihrer Lobby, gibt. Sie sind gegen die Biomasse; Sie sind gegen Maisäcker. Sie sind gegen die Kohlekraft. Sie sind gegen Kernkraftwerke. Sie sind gegen den notwendigen Netzausbau für die erneuerbaren Energien.

(Zustimmung von Ingrid Klopp [CDU])

Herr Wenzel, Sie sind gegen alles, und gleichzeitig sind Sie für alles.

Meine Damen und Herren, eine solche Partei darf nicht in die Bundesregierung.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, drei Kollegen möchten von dem Recht der Kurzintervention Gebrauch machen, zunächst der Kollege Herzog. Bitte schön!

Kurt Herzog (LINKE):

Herr Dürr, nun muss ich Sie doch noch einmal ein bisschen mit den Grundrechenarten quälen. Ich zeige Ihnen hier eine Grafik vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft. Das sind die Strombilanzen, der Export und Import von Strom in Deutschland. Das, was ich hier eingekreist habe, sind die Jahre ab 2005. Die rosa Balken stellen den Strom dar, den wir ausführen. Sie sind ab 2005 deutlich größer als die Balken für den Strom, den wir einführen. 23 TWh werden mehr ausgeführt als eingeführt.

(Christian Dürr [FDP]: Ohne Kernkraftwerke sähe das anders aus!)

Das ist die Strommenge von vier Atomkraftwerken,

(Christian Dürr [FDP]: Wie viele haben wir in Deutschland?)

obwohl - das wurde ausgeführt - in Deutschland mehrere Atomkraftwerke zusätzlich abgeschaltet waren. So viel zur Stromlücke.

Eine zweite Rechnung, wenn's noch geht: Eine Verdopplung der Strommenge aus Kraft-Wärme-Kopplung bis 2010, verglichen mit 1998, sollte nicht unerreichbar sein. Sie würde einen jährlichen Zuwachs von 60 TWh bringen. Das entspräche der Strommenge von sieben Atomkraftwerken und ca. zehn Großkohlekraftwerken. Das hat Hermann Scheer wie folgt zusammengefasst:

„Es ist also weder nötig noch sonst zu rechtfertigen, die Laufzeiten der Atom-

kraftwerke zu verlängern, geschweige denn für abgeschaltete Atomkraftwerke neue fossile Großkraftwerke zu bauen.“

Ich hoffe, ich habe die Ressourcen zwischen Ihren Ohren nicht überanstrengt.

(Beifall bei der LINKEN - Christian Dürr [FDP]: Das schaffen Sie nicht!)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Die nächste Kurzintervention kommt von Herrn Bosse. Bitte!

Marcus Bosse (SPD):

„Gut gebrüllt, Löwe!“, kann man an dieser Stelle wohl einmal sagen.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, weil schon Herr Herzog so begonnen hat - und Sie, Herr Bosse, jetzt auch -, möchte ich darauf hinweisen, dass das Präsidium immer angesprochen wird. - Danke schön.

Marcus Bosse (SPD):

Pardon. - Herr Präsident! Meine Damen! Meine Herren! „Gut gebrüllt, Löwe!“, kann man an dieser Stelle wohl einmal sagen.

(Heiterkeit)

Herr Dürr, mit der einen oder anderen Mär müssen wir an dieser Stelle aufräumen, z. B. bei Gorleben.

Bei Gorleben ist doch klar, was passiert ist - wir alle haben es in der *Frankfurter Rundschau* gelesen -: Erst wurde der Standort gesucht, dann wurden die Sicherheitskriterien festgelegt - genau so, wie Sie es bei der Asse gemacht haben. Genau der falsche Weg wurde gegangen. Lassen Sie uns doch dieses Drama nicht mit Gorleben wiederholen!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Nächster Punkt: Verquickung rot-grüner und auch roter Landesregierungen. Eigentümer der Asse war immer der Bund, nicht das Land Niedersachsen. Innerhalb der Bundesregierung war immer das jeweilige Forschungsministerium für die Asse verantwortlich. Dort liegt letzten Endes auch die politische Verantwortung für die Einlagerung von Atom Müll nach Bergrecht und die spätere Vorge-

hensweise mit den untauglichen Sicherheits- und Schließungsmaßnahmen.

Das Land war nur - durch die Bergbehörde - Genehmigungs- und letzten Endes auch Aufsichtsbehörde. Die sozialdemokratisch geführte Landesregierung unter Gerhard Schröder hat in den 90er-Jahren wiederholt auf eine schnell wirkende Verfüllung der Hohlräume gedrungen.

(Glocke des Präsidenten)

Schon im Koalitionsvertrag von 1990 mit den Grünen wurden die damals geplanten Versuche mit hoch radioaktiven Glaskokillen grundsätzlich abgelehnt.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege, Sie müssen jetzt zum Schluss kommen. Ich habe Ihnen wegen meiner Unterbrechung schon mehr Zeit gegeben.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Genug gebrüllt!)

Marcus Bosse (SPD):

Diskussionen über die Notwendigkeit, die Asse nach Atomrecht und nicht nach Bergrecht zu betreiben, wurden von der schwarz-gelben Bundesregierung 1994 zurückgewiesen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, die nächste Kurzintervention kommt von Herrn Limburg von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Helge Limburg (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kollege Dürr, Sie haben hier gerade eine sehr populistische, engagierte Wahlkampfreden gehalten.

(Lachen von Björn Thümler [CDU])

Aber etwas Differenzierungsvermögen will ich Ihnen doch zutrauen. Wenn Sie sich schon mit grüner und auch mit rot-grüner Energiepolitik auseinandersetzen, dann erkennen Sie doch an, dass es die rot-grüne Bundesregierung war, die nach 1998 u. a. über das von Ihnen heftig bekämpfte Erneuerbare-Energien-Gesetz diesen fantastischen Ausbau der Wind- und Solarenergie auch in Niedersachsen möglich gemacht hat!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Björn Thümler [CDU]: Falsch! Ganz falsch! Wer hat das eingeführt? Bei der Wahrheit bleiben!)

Darauf sind wir zu Recht stolz. Wir würden es begrüßen, wenn Sie Ihre Angriffe auf diese Fördermaßnahme unterlassen würden, wenn Sie anerkennen würden: Jawohl, Windkraft, Sonnenkraft und andere Energieformen sind Arbeitsplatzträger, sind Energieträger, die wir weiter tragen müssen.

(Björn Thümler [CDU]: Wir haben das doch eingeführt!)

Begrüßen Sie Windenergie nicht nur in Sonntagsreden, Herr Dürr, wenn Sie in der realen Politik und in Wahlprogrammen das genaue Gegenteil tun! Das geht nicht.

Einen zweiten Aspekt möchte ich erwähnen. Sie haben uns vorgeworfen, gegen alles und für nichts zu sein. Das ist natürlich vollkommener Unsinn.

(David McAllister [CDU]: Ach so!)

In der Tat ist es grüne Energiepolitik, sich differenziert auseinanderzusetzen,

(Lachen von David McAllister [CDU])

differenziert Naturschutzinteressen, legitime Energieinteressen und Arbeitsplatzinteressen gegeneinander abzuwägen

(Heinz Rolfes [CDU]: Hier dafür, zu Hause dagegen!)

und nicht, wie es Schwarz und Gelb hier im Land und lange Zeit auch im Bund gemacht haben, in blinder Gefolgschaft und Loyalität den Kohle- und Atomkonzernen hinterherzulaufen.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN - Björn Thümler [CDU]: Quatsch!)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, jetzt hat der Kollege Dürr die Gelegenheit zu einer Erwiderung von ebenfalls 90 Sekunden. Bitte schön!

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will gleich mit dem Thema Asse II anfangen. Damit da kein Missverständnis aufkommt, Herr Kollege Bosse: Ich glaube, dass es die Verantwortung aller Mitglieder des Untersuchung-

ausschusses ist, sich dem Thema vernünftig zu widmen und die Dinge differenziert zu betrachten.

(Zustimmung von Ingrid Klopp [CDU])

Wissen Sie, was ich der Sozialdemokratie in Niedersachsen nicht durchgehen lasse? - Ich lasse ihr nicht durchgehen, so zu tun, als ob sie mit der Asse nichts, aber auch gar nichts zu tun hätte. Das funktioniert mit uns nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Entscheidung - das hat der Zeuge in der letzten Woche gesagt; Sie waren da, Herr Bosse -, nach Bergrecht zu verfahren, ist Anfang der 90er Jahre in Niedersachsen, zu rot-grünen Zeiten unter der SPD-Ministerin Griefahn, getroffen worden. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das muss man der Öffentlichkeit sagen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Kollege Limburg, ich mache gleich mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz weiter. Es ist überhaupt keine Frage: Natürlich war das Stromeinspeisungsgesetz als sein Vorgänger eine vernünftige Anschubfinanzierung für die erneuerbaren Energien. Ich will an dieser Stelle nur vor einer Sache warnen, die wir bei der Kohle in Deutschland erlebt haben: Wir dürfen auch bei den Erneuerbaren - da müssen wir ehrlich mit uns selbst sein - nicht zu einer Dauersubvention kommen. Wir wollen sie wettbewerbsfähig haben. Wir wollen die Arbeitsplätze, aber im Wettbewerb.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Zurufe von der SPD und von den
GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zum Schluss will ich Ihnen erklären, warum ich ein nationales Energiekonzept für so wichtig halte.

(Rolf Meyer [SPD]: Keine Dauersubvention? Also nicht so wie bei der Atomenergie?)

- Herr Meyer, Sie passen gerade wunderbar in meine letzten Sätze. Sie haben hier gerade gesagt, dass Sie Kohlekraftwerke für ganz schlimm halten.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Nein! Genau hinhören!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

(Glocke des Präsidenten)

ich will Ihnen Punkt 5 aus der Roadmap „Energiepolitik 2020“ vorlesen.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Dürr, das können Sie nicht mehr, weil die 90 Sekunden um sind.

Christian Dürr (FDP):

Dort steht:

„Wir werden 40 % des Stroms aus hocheffizienten Kohlekraftwerken bereitstellen.“

Das ist Sigmar Gabriel. Sie sagen hier die Unwahrheit, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Rolf Meyer [SPD]: Sie lügen, Herr
Dürr!)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, bevor ich Herrn Wenzel das Wort erteile, möchte ich die Parlamentarischen Geschäftsführer bitten, zu klären, welche Punkte wir noch vor der Mittagspause erledigen wollen. Vielleicht kann man ja auch einen Punkt ohne Aussprache erledigen. Das müssen Sie einmal überlegen.

Ich erteile jetzt Herrn Wenzel das Wort. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat noch eine Restredezeit von 3:45 Minuten.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Interessant ist an dieser Debatte insbesondere das, was nicht angesprochen wird. Herr Sander hält sich auffallend zurück und lässt Herrn Dürr den Pitbull machen. Er selber hat in dieser Frage offensichtlich den Maulkorb.

Herr Bäumer legt ja immer so viel Wert auf Aufrichtigkeit. Herr Bäumer, Sie sagen, für 30 bis 40 Jahre wollen Sie als Übergangstechnologie noch Atomkraft nutzen. Ich frage Sie, Herr Bäumer: Warum wollen Sie ab 2040 neue Reaktorgenerationen auf der Basis des Schnellen Brüters installieren, und wozu brauchen Sie dann die Wiederaufarbeitung?

Ich sage Ihnen eines: Die Antwort auf diese Große Anfrage und die Darstellung der Koalition dazu sind eine einzige Heuchelei, ein pharisäerhaftes Getue und ein Belügen der Öffentlichkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist auch der Grund, Herr McAllister, warum Sie mit Ihrer Gorlebenpolitik in diesen Tagen gegen die Wand fahren, weil nämlich diese Gorlebenpolitik, angefangen bei Ihrer Ikone Albrecht, auf Lügen aufgebaut ist.

Herr Albrecht hat damals 1976/1977 angefangen, die Öffentlichkeit über die wahren Gründe für die Auswahl von Gorleben zu belügen. Das führen Sie bis heute fort. In diesen Tagen ist deutlich geworden, dass auch nicht davor zurückgeschreckt wurde, Gutachten zu manipulieren und zu fälschen. Herr McAllister, mich wundert, dass Ihre Sprecherin an dieser Stelle meint, auf solche fundamentale Fragen nicht eingehen zu müssen, und noch behauptet, das sei nicht bewiesen, obwohl die schriftlichen Unterlagen dazu schwarz auf weiß vorliegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Herr McAllister, Sie halten es nicht durch, die Öffentlichkeit an dieser Stelle so hinters Licht zu führen.

Noch ein Punkt. Immer wieder wird hier das Märchen von der angeblich ergebnisoffenen Weitererkundung erzählt - Frau Bertholdes-Sandrock hat das heute wieder zum Besten gegeben -, obwohl maßgebliche Apologeten Ihrer Partei längst erklärt haben, die Entscheidung für Gorleben sei bei der CDU/CSU gefallen. Das sagen zum Beispiel der Bezirkschef von Niederbayern, der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag oder auch Frau Reiche, stellvertretende Fraktionsvorsitzende.

(David McAllister [CDU]: Nein!)

Das, was hier immer wieder zum Besten gegeben wird, ist eine glatte Lüge. Auch in dieser Frage soll die Öffentlichkeit hinters Licht geführt werden. Das lassen wir Ihnen nicht mehr durchgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Herr McAllister, vielleicht wäre es hin und wieder gut, sich einmal an dem einen oder anderen Wähler oder der einen oder anderen Wählerin der CDU/CSU und der FDP zu orientieren. Die haben nämlich in diesen Tagen auf eine aktuelle Umfrage

von Emnid geantwortet, dass sie der Auffassung sind, dass die Verlängerung von Laufzeiten der CDU, der CSU und der FDP massiv schade. 70 % Ihrer Wählerinnen und Wähler haben diese Auffassung vertreten. Das finde ich eine beachtliche Größenordnung, weil sie zeigt, in welcher Weise und in welcher Form Sie bei diesem Thema irrlichtern. Das ganze Projekt ist auf den Wortbruch der Atomkonzerne gebaut, die 2001 den Konsens unterschrieben haben. Ich sage Ihnen: Sie werden sich mit dieser Strategie nicht durchsetzen.

Vielen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, zu einer Kurzintervention hat sich Frau Bertholdes-Sandrock gemeldet. Bitte schön!

Karin Bertholdes-Sandrock (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde es ausgesprochen beschämend, wie der Kollege Wenzel hier mit den Mitgliedern dieses Hauses, namentlich der FDP- und der CDU-Fraktion, umspringt. Ich halte es für beschämend und den miesesten politischen Stil.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Was?)

Ich schäme mich vor den Besuchern, dass Sie unablässig andere Leute der Lüge bezichtigen.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Für Ihr Verhalten schämen Sie sich nie!)

Wir können hier über unterschiedliche politische Konzepte streiten und auch sagen, dass wir bestimmte Fakten unterschiedlich sehen. Aber ich weise ausdrücklich zurück, dass Sie in jedem zweiten Satz von Lüge und - wenn Sie es dreimal gebraucht haben - von Märchen reden.

Außerdem halte ich es für einen eklatanten Widerspruch, dass Sie dem früheren Ministerpräsidenten Dr. Albrecht - es ist schade, dass er sich nicht mehr wehren kann - permanent Lüge unterstellen, obwohl Sie der allererste sind, der unablässig die entsprechenden Akten haben will und beklagt, dass er sie noch nicht einsehen kann und damit auch nicht sehen kann, welche Motive denn die wirklichen für die damalige Albrecht-Regierung zur Auswahl von Gorleben als möglichem Standort waren. Wenn Sie das wissen wollen, ist die Frage offen. Wie können Sie dann hier unablässig, ohne

einen Beweis zu bringen, diesen Mann der Lüge schelten? Ich finde, das ist miesester Stil!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Miriam Staudte [GRÜNE] meldet sich
zu Wort)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, Frau Staudte, ich denke, wir sind uns einig, dass auf eine Kurzintervention keine Kurzintervention kommen kann. Aber es gibt natürlich die Möglichkeit der Erwidern, die Herr Wenzel jetzt wahrnimmt. Bitte schön!

(David McAllister [CDU]: Stefan, entschuldige dich jetzt! Sonst ist es nichts mit Jamaika! - Kreszentia Flauger [LINKE]: Sag ihm mal, von wem wir das Benehmen gelernt haben!)

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Bertholdes-Sandrock, Sie haben vielleicht gemerkt, dass ich meine Worte in diesem Haus sehr genau wiege

(David McAllister [CDU]: Das ist ja etwas ganz Neues!)

und dass ich sehr genau überlege, wann ich solche Begriffe benutze.

Aber ich sage Ihnen eines: Beim Thema Gorleben habe ich mittlerweile so viel erlebt und gelesen, dass ich mir ganz sicher bin, dass die Äußerungen, die ich hier gemacht habe, belegbar und belastbar sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Bertholdes, wenn Sie wirklich so überzeugt sind, dass Herr Albrecht damals offen und ehrlich der Öffentlichkeit gegenübergetreten ist, dann legen Sie doch die Akten offen. Die Indizien, die ich habe, und die Dinge, die ich gelesen habe, sprechen eindeutig eine andere Sprache.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die Legende, die man uns erzählt und über Jahre hinweg im Parlament und in der Öffentlichkeit vorgebetet hat, ist definitiv nicht richtig. Das ist ein Grund dafür, warum Sie hier praktisch mantraartig immer wieder vortragen und jeden zurückholen, der aus Ihrer Linie ausschert.

(Karin Bertholdes-Sandrock [CDU]:
Quatsch!)

Ich glaube, in der Öffentlichkeit werden Sie mit dieser Linie, in Gorleben weiter zu erkunden, niemanden mehr überzeugen. Wer gesehen hat, wie hier Gutachten innerhalb von einem Tag manipuliert und gefälscht wurden,

(Karin Bertholdes-Sandrock [CDU]:
Das ist Blödsinn! - Glocke des Präsidenten)

der hat einen Anspruch darauf, dass hier endlich ein anderer Umgang mit diesen Dingen an den Tag gelegt wird.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Wir werden es vielleicht noch erleben, dass diese Sachen eines Tages auch justiziabel geklärt werden.

Herzlichen Dank!

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, es liegt eine weitere Wortmeldung vor. - Herr Minister Möllring, zwei Ministerkollegen, Herr Sander und Herr Minister Stratmann, haben sich gemeldet. Wenn das abgesprochen ist, kommen Sie natürlich zuerst. Bitte schön, Herr Möllring!

Hartmut Möllring, Finanzminister:

Meine Damen und Herren! Wir haben uns gerade darauf verständigt. Diese Angriffe gegen einen ehemaligen Ministerpräsidenten, der sich heute nicht wehren kann, müssen wir für die Regierung energisch zurückweisen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Wenzel, in einem Rechtsstaat ist es immer noch üblich, nicht zu sagen: Der hat gelogen; beweisen Sie mir doch, dass er nicht gelogen hat. - Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wenn man sagt „Der hat nicht die Wahrheit gesagt“, dann muss man das beweisen.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Machen Sie die Akten öffentlich! - Helge Limburg [GRÜNE]: Das können Sie ja nicht!)

Es ist ja nicht so, dass wir seit der Albrecht-Zeit ununterbrochen an der Regierung waren und Sie ununterbrochen in der Opposition. Die Grünen waren von 1990 bis 1994 an der Regierung beteiligt, hatten also Zugriff auf alle Regierungsakten. Sie standen damit auch den Grünen offen. Wenn Sie in dieser Zeit etwas festgestellt hätten, was vorher falsch gelaufen ist, hätten Sie vier Jahre lang Zeit gehabt, dieses darzulegen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sie haben in unserer gemeinsamen Oppositionszeit von 1994 bis 2003 genug Gelegenheit gehabt, von der Regierung Akteneinsicht zu erbitten; denn dieses Recht haben wir in die Verfassung eingefügt, die wir in der Legislaturperiode zwischen 1990 und 1994 neu gefasst haben. Ich bin davon überzeugt, die SPD hätte gar keinen Grund gehabt, Ihnen die Akteneinsicht zu verweigern, wenn man darin hätte nachweisen können, dass die Regierung, die vorher regiert hat, etwas falsch gemacht hat.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: So ist es!)

Deshalb bitte ich Sie darum, diese Ausdrücke gegenüber Menschen, die sich hier nicht wehren können, nicht zu gebrauchen, auch wenn Sie von sich selbst behaupten, dass Sie das für sich sehr wohl abgewogen haben. Sie haben lange genug Zeit gehabt, Beweise dafür sammeln, und können nicht umgekehrt sagen, wir müssten beweisen, dass es anders gewesen ist.

Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, nach der Äußerung von Herrn Minister Möllring haben zwei Fraktionen zusätzliche Redezeit beantragt, weil sie keine Redezeit mehr haben.

(Karl-Heinz Klare [CDU]: 30 Sekunden!)

Zunächst hat Herr Wenzel von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Redezeit von 90 Sekunden. Bitte schön!

(David McAllister [CDU]: Jetzt zeig' mal Größe! Jetzt hast du die Chance!)

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr McAllister, die Geschichte von 1976 und 1977 - - -

(Zuruf: Herr Präsident!)

- Herr Präsident! Herr McAllister!

(Heiterkeit)

Wir werden erleben, dass die Asse und Gorleben an dieser Stelle viel mehr miteinander zu tun haben, als bislang bekannt. Als Herr Albrecht nämlich mit einer Minderheitsregierung zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, hatte die Bundesregierung drei Vorschläge für einen Standort für ein Endlager in Niedersachsen gemacht.

(Hans-Christian Biallas [CDU]: Das ist reine Spekulation!)

Überall brannte der Widerstand. Herr Albrecht wollte dieses Thema vom Tisch haben. Er hat damals die Asse mit als Hebel benutzt, um die Bundesregierung von diesem Plan abzubekommen. Er hat dann damals wider den Rat der Geologen, die das zum Teil noch heute bezeugen können, Gorleben vorgeschlagen. Es gab nie einen fachlichen Grund, der dafür ausschlaggebend war. Deshalb sage ich an dieser Stelle: Herr Albrecht hat die Öffentlichkeit in dieser Frage belogen. Sie weigern sich bis heute - - -

(Björn Thümler [CDU]: Unerhört! -
Heinz Rolfes [CDU]: Das ist falsch! -
Weitere Zurufe - Unruhe)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege Wenzel, wenn Sie das Wort „Lüge“ allgemein benutzen, dann kann ich nur an Sie appellieren. Wenn Sie aber auf eine Person bezogen von Lüge reden, dann muss ich Ihnen dafür einen Ordnungsruf erteilen, was ich hiermit tue.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Deshalb weigern Sie sich bis heute, die Akten offenzulegen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, die Fraktion DIE LINKE hat ebenfalls um zusätzliche Redezeit gebeten.

Herr Herzog, auch Sie haben eine Redezeit von 90 Sekunden. Bitte!

Kurt Herzog (LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Möllring, es ehrt Sie, wenn Sie den Ministerpräsidenten a. D. auf diese Weise schützen wollen. Aber worum geht es eigentlich? - Ob er sich nicht mehr wehren kann oder nicht, ist eine Sache. Darüber will ich überhaupt nichts sagen. Aber was in den Akten steht, ist eine andere Sache. Darüber reden wir; das ist die Grundlage.

Bei den Akten gibt es zwei Kategorien: Das sind zum einen die öffentlichen Akten und zum anderen diejenigen Akten, die von dem jetzigen Ministerpräsidenten Wulff und dem Landtagspräsidenten Dinkla bisher zurückgehalten und für nicht öffentlich erklärt worden sind. In den öffentlichen Akten findet man ganz eindeutig die Aussage, dass Gorleben erst wenige Wochen vor der Endentscheidung ins Spiel kam. Es findet sich weiterhin die Aussage, dass Ministerpräsident Albrecht damals zu dem obersten Geologen Niedersachsens, Lüttig, sagte: Jetzt ist die Politik dran zu entscheiden. Die Geologen kommen später. - Diese Aussagen sind von Lüttig selbst belegt.

(Wilhelm Hogrefe [CDU]: Das sagt doch überhaupt gar nichts!)

In den öffentlichen Akten - hören Sie doch einmal zu! - finden sich zuhauf Hinweise von Fachbeamten, die das Verfahren, Gorleben innerhalb weniger Wochen sozusagen ganz neu aus dem Stand in ein völlig obskures Punktesystem zu pressen, als unseriös abgelehnt und als Zeitdruck empfunden haben. Das sind die Fakten, und das ist die Wahrheit. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen!

(Beifall bei der LINKEN - Ingrid Klopp [CDU]: Wo steht das?)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, die SPD-Fraktion hat ebenfalls zusätzliche Redezeit beantragt. Herr Jüttner, Sie haben eine Redezeit von zwei Minuten.

Wolfgang Jüttner (SPD):

Herzlichen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mich interessiert nicht, ob Herr Albrecht damals die Wahrheit gesagt hat oder nicht. Das ist nicht das Entscheidende, das für uns heute politisch relevant ist. Vielmehr geht es aufgrund von Kenntnissen, die sich in den letzten Monaten

vertieft haben, z. B. durch die Promotion von Herrn Möller oder durch die Zuspitzung der Frage Asse, inhaltlich um die Frage: Unter welchen Gesichtspunkten ist Gorleben damals ausgewählt worden, und in welchem Zusammenhang steht das mit der Asse, meine Damen und Herren?

Herr Möllring, es mag ein Unterlassungsfehler gewesen sein, nicht früher in die Akten geguckt zu haben. Dies will ich gar nicht in Abrede stellen. Das Entscheidende ist aber, dass wir heute das Interesse haben, aus der Sicht des Landes zu wissen: Gibt es einen Zusammenhang zwischen Asse und Gorleben, und gab es schon damals Hinweise, dass Gorleben sinnvollerweise nicht erkundet werden sollte? - Vor diesem Hintergrund haben wir den Antrag gestellt, die Akten offenzulegen, damit wir das wissen und damit wir heute ein vollständiges Bild davon haben.

Ihre Antwort ist jedoch, sich hinter Artikel 24 Abs. 3 zu verstecken und zu sagen: Das geht nicht. Dadurch ist die Funktionsfähigkeit der heutigen Regierung nicht mehr gewährleistet. - Es muss Ihnen selbst doch albern vorkommen, mit dieser Begründung einen Sachverhalt zu verschleiern, der 30 Jahre zurück liegt und über den wir die Voraussetzung für die Entscheidung schaffen könnten, ob wir in Gorleben nicht Schluss machen müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, die CDU-Fraktion hat ebenfalls um zusätzliche Redezeit gebeten. Herr Bäumer, auch Sie haben eine Redezeit von zwei Minuten. Bitte schön!

Martin Bäumer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, es wird dringend Zeit, dass die Bundestagswahl entschieden wird; denn erst danach werden wir wahrscheinlich wieder in Ruhe weiterreden können.

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Die Frage ist davon unabhängig! Das sage ich Ihnen schon jetzt!)

Herr Jüttner, wenn Ihre Kolleginnen und Kollegen hier angetreten wären und etwas zu dem Thema Akten gesagt hätten, dann wäre das glaubwürdig gewesen. Das, was Sie aber gemacht haben, ist völlig unglaubwürdig, weil Sie in der Zeit, als Sie

Umweltminister gewesen sind, genügend Zeit gehabt hätten, in die Akten zu schauen. Sie haben es jedoch nicht getan.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Kollege Wenzel - hören Sie an dieser Stelle einmal deutlich zu; jetzt geht es nämlich um Sie - ,

(Detlef Tanke [SPD]: Kommen Sie endlich einmal zur Sache, Herr Kollege! - Gegenruf von Björn Thümler [CDU]: Er ist schon längst dabei!)

ich möchte Sie dazu auffordern, einen Vorgang aufzuklären, der der CDU-Fraktion gerade bekannt geworden ist. Ich fordere Sie dazu auf, etwas zu belegen. Ich habe nämlich einen ganz deutlichen Verdacht.

(Oh! bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Mitarbeiter haben mir gerade mitgeteilt, dass das Bundesamt für Strahlenschutz in den vergangenen zwei Tagen dem Untersuchungsausschuss eine Akte mit der Nummer 116 zur Verfügung gestellt hat, in der es auch um gewisse Forschungsdinge der VW-Stiftung geht. Wie gesagt, die Akte 116 ist dem Ausschuss in den vergangenen beiden Tagen zugestellt worden.

Vor wenigen Wochen hat es eine Pressemitteilung der Grünen gegeben, in der Sie genau das zum Thema gemacht haben. Herr Wenzel, ich fordere Sie hier an dieser Stelle auf, zu belegen, dass Sie vertrauliche Akten nicht dazu benutzt haben, daraus eine Pressemitteilung zu machen. Ich habe einen Verdacht, den ich hier nicht weiter ausführen möchte.

Danke.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Stefan Wenzel [GRÜNE]: Ich möchte etwas dazu sagen!)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Am Ende der Debatte, Herr Wenzel! - Meine Damen und Herren, um Ihnen einen Überblick zu geben: Ich habe jetzt noch zwei Wortmeldungen, und zwar von Herrn Minister Sander und von Herrn Minister Stratmann. Herr Sander, bitte!

Hans-Heinrich Sander, Minister für Umwelt und Klimaschutz:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Tagesordnungspunkt zur Energiepoli-

tik beinhaltet einen Antrag betreffs Suche nach neuen Endlagern und zum anderen den Antrag hinsichtlich des Reaktors Krümmel. Wenn man die Debatte verfolgt, stellt man fest, dass mit sehr vielen Verdächtigungen, Unwahrheiten und Unterstellungen gearbeitet wird und dass alle anderen Menschen - außer den Grünen und den Linken - keine Ahnung haben, auch die Fachleute nicht. Das ist ein Niveau, das ich nicht ganz verstehe. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, dass ich am meisten von Herrn Jüttner enttäuscht bin, der Umweltminister und Landesvorsitzender war. Dort hinten sitzen meine Beamten, die auch schon zu seiner Zeit Dienst taten. Sie haben ihm alles erklärt. Wider besseres Wissen versucht er hier aber, einen anderen Eindruck zu erwecken. Er hätte alles tun können. Es ist wirklich schlimm.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Wenzel, dass Sie mit vielen Unterstellungen arbeiten, ist bekannt. Manchmal kann man auch von Halbwahrheiten sprechen. Eines finde ich bei Ihrem Antrag aber sehr bemerkenswert. Sie sind mit uns der Meinung, dass wir möglichst schnell ein Endlager brauchen. Vielleicht kann man dann doch einmal eine Brücke zwischen den verschiedenen Parteien und Fraktionen bauen. Wenn Sie genau wie wir der Meinung sind, dass wir aus zeitlichen Gründen ein Endlager brauchen, können wir Gorleben doch auf jeden Fall erst einmal zu Ende erkunden, um festzustellen, ob es als Endlager geeignet ist oder nicht. Das Ergebnis bekommen Sie unter Umständen sehr schnell geliefert. Wenn Sie Gorleben zu Ende erkunden, brauchen Sie aber mindestens noch drei oder vier Jahre, um international eine Bewertung vorzunehmen und festzustellen, ob es als Endlager letztendlich geeignet ist. Dann wäre der Zeitpunkt gekommen. Dann kann Frau Gönner sich auch gern bereit erklären, in Ton zu forschen. Ich will sie gar nicht davon abhalten. Es ist eine ganz neue Linie in der CDU, die sie auf einmal verfolgt. Ich habe das zur Kenntnis genommen.

Herr Kollege Wenzel und Frau Kollegin Schröder-Ehlers, wir sind uns doch alle darin einig, dass wir nicht bis 2035 Zeit haben. Selbst wenn wir jetzt zu einer Entscheidung kämen, brauchen wir aber die Zeit bis dahin. Wenn wir jetzt anfangen, bekämen wir einen Planfeststellungsbeschluss vielleicht bis 2025 hin. Wir brauchen dann aber noch mindestens zehn Jahre mehr. Das ist deshalb notwendig, weil wir Zwischenlager haben. Irgendjemand hat von Kartoffelscheunen in Gorleben gesprochen.

Das sind Zwischenlager, für die die Betriebserlaubnis im Jahr 2035 ausläuft. Das ist der Zeitpunkt, zu dem Sie unabhängig davon, ob Sie für oder gegen die Kernenergie sind, dieses Problem gelöst haben müssen. Dies ist die Verantwortung, die wir alle zu tragen haben.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist das, was Herr Gabriel im Augenblick tut, unverantwortlich. Er treibt jeden Tag eine neue Sau durch das Dorf. Dabei bedient er sich auch noch des Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz, der lieber ein Schließungskonzept für die Asse vorlegen sollte. Das ist wichtig. Das wollen die Menschen. Die Menschen wollen, dass für die Zukunft etwas getan wird.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Zuruf von Rolf Meyer [SPD])

- Herr Meyer, eben haben Ihnen doch viele erklärt, wer für die Asse zuständig ist. Ich brauche es nicht zu wiederholen.

(Weiterer Zuruf von Rolf Meyer [SPD])

- Herr Jüttner hat es mir doch so übergeben. Ich habe gedacht, er sei ein erfolgreicher Mann gewesen. Das habe ich lange geglaubt.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP
und bei der CDU)

Dann bin ich zu anderen Einsichten gekommen. Ich weiß gar nicht, warum Sie immer schimpfen. Wenn man euch einmal lobt und etwas fortsetzt, ist es auch wieder nicht richtig. Insofern ist das schon interessant. Herr Wenzel, ich glaube, auch in dieser Hinsicht sind wir uns einig: Wir sehnen alle die Bundestagswahl herbei. Das ist notwendig, weil dieses Thema sich nicht dafür eignet, mit den Ängsten der Menschen zu spielen. Das wäre verantwortungslos. Das ist im Grunde der Vorwurf, den man Herrn Gabriel machen muss.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei
der CDU)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Minister Stratmann hat sich zu Wort gemeldet.

Lutz Stratmann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mir ist es wichtig, als Forschungsminister zwei oder drei Sätze vor allem an die eine Seite des Hauses zu

richten. Die Tatsache, dass diese Debatte sehr emotional geführt wird, und auch die Tatsache, dass sie viel länger andauert als geplant, zeigen doch, dass wir alle spüren, dass die Energiefrage vermutlich *die* Frage des 21. Jahrhunderts ist.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich will nun sagen, was mich an dieser Debatte stört. Herr Herzog, ich habe Ihnen immer sehr aufmerksam zugehört. Ich finde, dass Sie hier auch viele nachdenkenswerte Beiträge liefern. Auch das sage ich hier an dieser Stelle.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Was mich aber stört, ist, dass unterstellt wird, hier auf der Regierungsseite säßen Kolleginnen und Kollegen, die sich seit Jahrzehnten zu Lobbyisten der Atomindustrie - und was weiß ich, wem sonst noch - machen. Ich finde, dies muss mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Es ist nicht seriös und der Bedeutung der Thematik nicht angemessen.

(Kreszentia Flauger [LINKE]: Zeigen
Sie das durch Ihre Politik!)

Herr Herzog, wir sind diejenigen gewesen, die gesagt haben - ich habe dabei Erfahrungen gemacht, die mich durchaus nachdenklich stimmten -, wir müssten beispielsweise wieder in die Endlagerforschung einsteigen. Wir haben dies nicht gesagt, weil wir Ergebnisse im Kopf hatten. Forschung verläuft in Niedersachsen ergebnisoffen.

(Beifall bei der CDU)

Wichtig für uns war vielmehr zu erfahren, ob es in der Zukunft bessere Alternativen als ein Endlager in Gorleben oder in sonst irgendeinem Salzstock gibt. Wir haben die Initiative ergriffen. Wir haben Mittel dafür zur Verfügung gestellt, dass unsere Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auch nach Alternativlösungen suchen. Schon das ist ein Beweis dafür, dass der Vorwurf, wir wollten mit der Aufhebung des Moratoriums nur dazu beitragen, dass die Entscheidung zugunsten von Gorleben fällt, gänzlich ins Leere läuft.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Eine zweite Bemerkung. Herr Herzog und andere, Sie können sich die Einzelheiten anschauen: Die Steigerung der Mittel, die wir im Bereich der Energieforschung, insbesondere im Bereich der Erforschung der regenerativen Energiequellen, in den letzten Jahren bewirkt haben, ist trotz der bekann-

ten Haushaltsprobleme signifikant. Wir stellen diese Mittel deshalb zur Verfügung, weil wir möglichst schnell dazu beitragen wollen, dass unsere regenerativen Energieerzeugungsquellen wie beispielsweise die Windkraft, aber auch Sonne und andere Energiequellen tatsächlich in Ihrem Sinne grundlastfähig werden.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Herzog?

Lutz Stratmann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Von mir aus gern.

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Bitte!

Kurt Herzog (LINKE):

Herr Minister Stratmann, bei den Forschungsgeldern und auch bei den Antworten auf die Große Anfrage ist mir aufgefallen, dass für den Bereich Geothermie lediglich 2 Millionen Euro pro Jahr eingesetzt worden sind. Für diesen Bereich wird bundesweit ein Potenzial von 25 000 MW pro Jahr angenommen. Das entspricht der Kapazität von 15 AKW. Können Sie mir erstens sagen, warum der Stand der Technik, wie er sich in der seit 20 Jahren bestehenden Anlage in Neustadt-Glewe - sie ist in einer der Antworten auch aufgeführt - manifestiert, in Niedersachsen nicht entsprechend umgesetzt wird?

Auch meine zweite Frage bezieht sich auf die relativ geringen Mittel. Ich zitiere hier eine ganz wichtige Aussage aus der Antwort auf die Große Anfrage: Im Bereich der Geothermie wurde jedoch nie eine ähnlich intensive staatlich geförderte Vorerkundung betrieben. - Vor diesem Hintergrund frage ich Sie, ob Sie der Meinung sind, dass 2 Millionen Euro pro Jahr ausreichen.

Lutz Stratmann, Minister für Wissenschaft und Kultur:

Dieser Meinung bin ich. Ich bin deshalb dieser Meinung, weil die beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an der TU Clausthal, an der TU Braunschweig und an der Leibniz Universität gesagt haben, dass sie per annum gar nicht mehr Geld brauchten, weil sie gar nicht mehr Geld für dieses Projekt ausgeben könnten. Herr Herzog, es geht bei dem Projekt in der Tat darum, dass das, was Sie eben richtigerweise beschrieben haben,

sozusagen als Grundlage genommen wird, um dazu beizutragen, dass die Schöpfung der geothermischen Energie wirtschaftlich wird, dass die Verfahren also preiswerter werden. Das ist das Ziel des Projektes. Wenn dieses Ziel erreicht wird, macht es Sinn, in einem Land wie Niedersachsen, das geothermisch hervorragende Voraussetzungen bietet, in dieses Feld tiefer einzusteigen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich habe eben von der Grundlast gesprochen. - Ich führe meine Ausführungen jetzt schnell zu Ende, weil wir alle in die Mittagspause wollen. - Es ist in der Tat unser Ziel, die regenerativen Energien grundlastfähig zu machen. Ein Tatbestand, der uns außerordentlich stolz macht und darin bestätigt, dass wir seit Jahren auf dem richtigen Weg sind, ist, dass bei der Elektrocarinitiative, die ja zusammen von der Bundesregierung, dem Fraunhofer-Institut und anderen gestartet wurde, die Vertreter des Fraunhofer-Instituts gesagt haben: Das Land, in dem wir den wichtigsten Aspekt dieser Thematik erforschen wollen, nämlich die Frage der Speicherung, wird das Land Niedersachsen sein, weil die Strukturen, die Niedersachsen im Bereich der Forschung geschaffen hat, für uns optimale Voraussetzungen bieten, dort einzusteigen. Wenn es uns gelingt, das Speicherproblem zu lösen, haben wir erreicht, dass die regenerativen Energien grundlastfähig sind. Daraus ergeben sich dann natürlich auch viele Optionen, die heute hier angesprochen worden sind.

Meine Damen und Herren, es war mir wichtig, das zu sagen. Bitte unterstellen Sie uns kein weiteres Mal, wir seien nicht offen für dieses Feld. Wir sind stolz auf das, was sich in dem Bereich entwickelt hat. Es sind Zigtausende von Arbeitsplätzen geschaffen worden. Dies sorgt gerade in Zeiten wie diesen für einen stabilen Arbeitsmarkt. Wir unternehmen alle Anstrengungen, die wir im Rahmen der uns gegebenen Möglichkeiten unternehmen können, um gerade in diesem Feld weitere Schritte voranzukommen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, es gibt zwei weitere Wünsche auf zusätzliche Redezeit, einmal von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und einmal von der SPD-Fraktion. Herr Wenzel, Sie haben 90 Sekunden.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Drei Bemerkungen. Herr Bäumer - - - Wo sitzt er?

(Martin Bäumer [CDU]: Hier!)

- Entschuldigung! - Als Sie uns weitgehend unbekannte Zeugen im Untersuchungsausschuss vorgeschlagen haben, sind wir tief in die Bibliothek des Landtages und in anderen Bibliotheken im Land eingestiegen. Da haben wir die Festschrift „25 Jahre Gesellschaft für Strahlenforschung“ und die Festschrift „30 Jahre Gesellschaft für Strahlenforschung“ gefunden. Darin finden sich die Informationen über die Finanzierung mit dem VW-Vorab. - So viel zu Ihrem Verdacht.

(Aha! bei den GRÜNEN - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Zweite Bemerkung. Herr Professor Kaul, der vor vielen Jahren zehn Jahre lang bei der GSF gearbeitet hat, Herr Minister Sander, hat Mitte der 90er-Jahre an die damalige Bundesumweltministerin Merkel geschrieben,

(David McAllister [CDU]: Pass auf, was du jetzt sagst! Du wirst deine Rede noch bereuen!)

dass die Salzlinie gefährdet sei und damit der Standort Gorleben, sollten sich die Dinge mit der Asse tatsächlich so bewahrheiten, wie er es damals schon vermutet hat. Das war das Menetekel, und das betrifft die Salzlinie als solche, Herr Minister. Deswegen müssen wir viel grundsätzlicher darangehen, als Sie es hier bisher dargestellt haben.

Dritte Bemerkung. Herr Minister Stratmann - - -

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist leider abgelaufen - tut mir leid -, und es gibt eine erhebliche Redezeitüberschreitung.

Stefan Wenzel (GRÜNE):

Okay. Die dritte Bemerkung galt Herrn Stratmann. Das sage ich ihm dann persönlich.

Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, für die SPD-Fraktion hat Herr Jüttner das Wort. Sie haben zwei Minuten.

Wolfgang Jüttner (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben alle miteinander die Verantwortung für die Endlagerung. Das ist so. Der können wir uns auch nicht entziehen. Dass der Landtag in Niedersachsen so quälende Debatten dazu führen muss, hat damit zu tun, dass ganz Deutschland darauf verzichtet, indem man sämtliche Standorte und potenziellen Standorte nach Niedersachsen gegeben hat.

(Zustimmung bei der SPD und von Kreszentia Flauger [LINKE])

Das Thema ist aber so gravierend, dass wir uns ernsthaft damit befassen müssen. Wir wollten in der Regierungszeit der Jahre 1990 und folgende unter dem Stichwort „gerechte Lastenverteilung“ eine bundesdeutsche Debatte anschieben, in der deutlich wird: Wir sind bereit, unseren Teil dieser Verantwortung zu tragen, erwarten aber von anderen Ländern, dass sie nicht nur die Kernenergie nutzen, sondern ebenfalls Verantwortung für die Endlagerung tragen und sich an dieser beteiligen. Das müsste unser aller Interesse sein.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dabei sind wir auf Granit gestoßen, insbesondere was Bayern angeht. Söder befindet sich an dieser Stelle in einer langen Tradition. Meine Bitte, Herr Sander, ist folgende:

(Ulf Thiele [CDU]: Herr Minister Sander!)

Wenn Sie sagen, wir müssen anfangen, damit wir bis 2030, 2035 im Zeitplan sind - die Einschätzung ist ja richtig -, dann müssen wir aber auch dafür sorgen, dass die Angebote genutzt werden und dass der Zeitplan eingehalten wird. Wenn Sie in Ihrer Antwort schreiben, eine völlig neue Endlagerstandortsuche unter Einbeziehung alternativer Wirtsgesteine zu Salz würde nach Auffassung der Landesregierung zu einer zusätzlichen erheblichen Zeitverzögerung und zu volkswirtschaftlichen Mehrkosten in Milliardenhöhe führen, dann unterstellen Sie indirekt, dass eine Festlegung auf Gorleben ohne Alternative ist; denn wenn es stimmt, was Sie sagen - ergebnisoffen -, dann müssen Sie heute doch auch den zweiten Schritt

gehen und gewährleisten, dass für den Fall, dass Gorleben nicht tauglich ist, die Alternative entsprechend weit erkundet ist.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, nur das wollen wir, nicht mehr. Wir haben - das sage ich abschließend - trotz unserer inhaltlichen Vorbehalte gegen Gorleben bisher immer deutlich gemacht: Wir sind bereit, die Untersuchung bzw. Erkundung in Gorleben fortzusetzen, aber mit der Maßgabe „Ergebnisoffen dort und Erkundung auch an anderen Standorten“, - - -

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Kollege Jüttner, letzter Satz, bitte!

Wolfgang Jüttner (SPD):

- - - damit der Zeitplan insgesamt für Deutschland eingehalten wird.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, es gibt einen weiteren Wunsch nach zusätzlicher Redezeit. Herr Kollege Bäumer von der CDU, Sie haben ebenfalls zwei Minuten.

Martin Bäumer (CDU):

Herr Kollege Wenzel, ich freue mich, wenn Sie oder Ihre Mitarbeiter tief in die Akten einsteigen. Wenn Sie in der Landtagsbibliothek die entsprechenden Unterlagen gefunden haben, wie Sie es vorhin ausgeführt haben, dann werden Sie sicherlich keine zeitlichen Probleme haben, mir das gleich vorzulegen.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zuruf von der SPD: Gehen Sie in die Bibliothek! - Weitere Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN - Unruhe)

Die Mittagspause wird sicherlich - - -

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Herr Kollege Bäumer, vielleicht warten Sie einen kleinen Moment.

(Anhaltende Unruhe)

- Meine Damen und Herren, im Moment hat nur Herr Bäumer das Wort! Wenn Sie sich kritisch dazu äußern wollen, dann melden Sie sich zu Wort; dann kriegen Sie es auch. Jetzt redet Herr Bäumer. - Bitte schön!

Martin Bäumer (CDU):

Herr Kollege Wenzel, wenn das wirklich aus öffentlich zugänglichen Quellen stammt, dann haben Sie sicherlich kein Problem, mir das vorzulegen.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie haben mit Ihren fähigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sicherlich keine Probleme, mir das innerhalb der nächsten Stunden des heutigen Tages vorzulegen.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN - Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Ich habe Zeit!

(Zuruf von der SPD: Und wir erst! - Detlef Tanke [SPD]: Gehen Sie mal ein bisschen in sich, Herr Kollege!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will auf einen Aspekt hinweisen. Wenn das, was Sie da gefunden haben, aus öffentlich zugänglichen Quellen stammt und es jeder finden kann, dann ist das eigentlich keine Meldung für eine Zeitung. Von daher, Herr Wenzel, bin ich sehr gespannt darauf, was Sie mir nachher vorlegen.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN - Unruhe)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie doch, sich wieder zu beruhigen.

(Ursula Helmhold [GRÜNE]: Das fällt aber schwer, Herr Präsident!)

- Ich kann die Sitzung unterbrechen, damit Sie das alles ausleben können. Aber ich denke, dass wir gemeinsam irgendwann die Mittagspause erreichen wollen.

Es gibt jetzt den Wunsch auf eine Kurzintervention von Frau Heinen-Kljajić. Bitte schön!

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bäumer, hier kommt der alte Grundsatz zum Tragen: Wer lesen kann, ist klar im Vorteil.

(Heiterkeit und lebhafter Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Nachdem Sie uns eine Zeugenliste genannt hatten, auf der jede Menge Personen stehen, über die man so weiter keine Informationen findet, haben wir schlicht und einfach geschaut, was die publiziert haben. So sind wir dann bei Herrn Brewitz auf diese Jahresschriften gestoßen.

Der eigentliche Skandal an diesem Fall ist allerdings - das muss schon etwas bedenklich stimmen -, dass man in die tiefsten Archive gehen muss, um alte Festschriften von 1990 oder so herauszusuchen, obwohl diese Punkte im Statusbericht hätten auftauchen müssen

(Wolfgang Jüttner [SPD]: Das ist interessant!)

und obwohl das Wissenschaftsministerium, nachdem wir hier seit Monaten darüber diskutieren, was unter Umständen noch in der Asse liegen könnte - es war ein Forschungsbergwerk -, vielleicht einmal im eigenen Hause hätte nachgucken können, ob es da nicht auch noch Akten gibt. Das MWK hat das bis heute jedoch nicht für nötig gehalten. Das ist der Skandal, Herr Bäumer.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Ansonsten zeige ich Ihnen gleich gerne die Kopien der Aufsätze.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN, bei der SPD und bei der LINKEN)

Vizepräsident Dieter Möhrmann:

Meine Damen und Herren, ich sehe nicht den Wunsch auf Erwidern.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

(Unruhe)

- Wenn Sie so leise sind, dass Sie mich hören können, können wir auch bald in die Mittagspause eintreten.

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir, wie gesagt, nicht vor. Beschlüsse zur Sache werden in der Besprechung nach § 45

Abs. 5 Satz 3 unserer Geschäftsordnung nicht gefasst. Ich stelle fest, dass die Besprechung der Großen Anfrage damit abgeschlossen ist.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 14. Die auf Ablehnung lautende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz in der Drs. 16/ 1489 entfernt sich inhaltlich am weitesten vom Ursprungsantrag. Wir stimmen daher zunächst über die Beschlussempfehlung ab. Falls diese abgelehnt wird, stimmen wir danach auch über die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ab.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit den Antrag der Fraktion der SPD in der Drs. 16/ 899 ablehnen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Gibt es Enthaltungen? - Das Erste war die Mehrheit. Damit ist der Beschlussempfehlung gefolgt worden.

Damit sind zugleich die Änderungsanträge der Fraktion DIE LINKE in der Drs. 16/1544 und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drs. 16/ 1563 nach § 39 Abs. 2 Satz 5 in Verbindung mit § 31 Abs. 3 Satz 2 unserer Geschäftsordnung abgelehnt worden.

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu der Ausschussüberweisung des Antrags unter Tagesordnungspunkt 15. Dazu hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sofortige Abstimmung beantragt. Diese kann stattfinden - ich lese Ihnen die einschlägigen Bestimmungen der Geschäftsordnung nicht mehr vor -, wenn nicht mindestens 30 Mitglieder widersprechen und eine Ausschussüberweisung vornehmen wollen. Die CDU-Fraktion hat mir mitteilen lassen, dass sie widerspricht.

(Zurufe von der LINKEN: Angsthasen! Trauen Sie sich!)

Damit haben wir die erforderlichen 30 erreicht. Das heißt, dass über diesen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen heute nicht abgestimmt wird.

Wir kommen damit zur Ausschussüberweisung.

Der Ältestenrat empfiehlt, den Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz mit diesem Thema zu beschäftigen. Wer dieser Empfehlung folgen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Es ist so beschlossen worden.